

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonelzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatangelegenheiten 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluss der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

### Denksprüche für den Agitator.

Bern in andre dich verlesen, so wirst du andre nicht verlesen.

Willst das Große du erreichen,  
Fange mit dem Kleinen an;  
Deine Tadel werden schweigen,  
Ist das Kleine groß getan.

Wir sind viel zu schnell bei der Hand mit dem Urteil, daß uns dies oder das durch die Natur versagt wäre. Ein wenig mehr Fleiß, und es stellt sich das Gegenteil heraus.

Unmännlich ist es, eine Aufgabe mit Ausreden wie „nicht möglich“, „ich weiß nicht“ oder „ich kann nicht“ von sich abzuschieben. Ein Mann sagt sich statt dessen versuche!, lerne!, tue! und geht an die Arbeit.

### Zur Metallarbeiter-Ausperrung in Merden.

Die Merdener Unternehmer versuchen neuerdings die Verantwortung für die Folgen des Kampfes von sich auf andere abzuschieben. Die Öffentlichkeit soll durch eine unrichtige Darstellung des Sachverhalts irreführend und wpmöglich gegen die ihr Koalitionsrecht verteidigenden Arbeiter eingenommen werden. So schrieb z. B. die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ in Nr. 4: „Die Versuche (die Differenzen beizulegen Red.) scheitern an der ablehnenden Haltung der Arbeiterorganisationen.“ Und in einer vom Arbeitgeberverband Merden inspirierten Notiz, die in den letzten Tagen die Kunde durch einen Teil der Tagespresse machte, heißt es: „Der Arbeitgeberverband will seinerseits keine Schritte mehr (Red.) unternehmen, um die christliche Gewerkschaft zu einer Aenderung ihrer Haltung zu bewegen.“ Im weiteren sucht die Notiz offensichtlich den Anschein zu erwecken, als ob es den Arbeitgebern gleichgültig sei, ob die Ausgesperrten zur Arbeit kommen oder nicht.

Das ganze ist natürlich ein Bluff, berechnet auf die Irreführung der öffentlichen Meinung. Um das letzte vortweg zu nehmen verweisen wir nur auf die Tatsache, daß die einzelnen Unternehmer sich alle Mühe geben, um die Arbeiter wieder in die Betriebe zu bekommen; selbst Streikposten werden höflichst ersucht, in die Büros zu kommen, wo dann mit allen Mitteln auf sie einzuwirken versucht wird, doch unter Verleugnung ihrer Organisation die Arbeit wieder aufzunehmen. Natürlich lehnen die Kollegen diese unwürdige Zumutung ab.

Herr Schmöle ließ am 28. Januar mal wieder eine Arbeiterkommission zu sich kommen. Die stundenlange Besprechung lief aus — wie alle früheren: Herr Schmöle will nach wie vor den Arbeitern keine Lohnzulage gewähren. Also nicht an der ablehnenden Haltung der Arbeiterorganisation, wie die „Arbeitgeberzeitung“ stummt, scheiterten die bisherigen Versuche eine Einigung herbeizuführen, sondern an dem schroffen ablehnenden Standpunkt des Inhabers der Firma Schmöle u. Co., der den berechtigten Wünschen der Arbeiter nicht im geringsten entgegenkommen will, sondern bedingungslose Unterwerfung fordert. An diesem Starrsinn scheiterten auch sämtliche Vermittlungsversuche unparteiischer Instanzen, wie der Merdener Ortsbehörde, der Geistlichkeit beider Konfessionen etc.

Die Arbeiter aber und ihre Organisation, die man jetzt von Unternehmerseite als den schuldigen Teil hinstellen will, waren und sind stets bereit, die Hand zu einem annehmbaren Frieden zu bieten. Im Interesse des Gewerbes und der Gesamtheit haben sie stets das Maß von Entgegenkommen gezeigt, wie es sich mit ihrer Standes- und Organisationslehre vereinbaren ließ. Das sind Tatsachen, die durch alle Sophistereien zur Beschönigung des Verhaltens der Merdener Unternehmer nicht aus der Welt gesunkert werden können.

Bezeichnend für die „Objektivität“ des Berichtes der „Arbeitgeberzeitung“ sowohl wie der angezogenen Notiz aus der Tagespresse ist übrigens der Umstand, daß man hier kritiklos der sozialdemokratischen Presse die Unwahrheit nachbetet, der christliche Metallarbeiterverband habe ausgesperrte Mitglieder von Merden als Streibbrecher nach Süddeutschland geschickt. Man sieht hier wieder die alte Erfahrung bestätigt: Sozialdemokraten und Scharfmacher sind ein Herz und eine Seele, wenn es sich um die Bekämpfung christlich organisierter Arbeiter handelt. Die Scharfmacher beziehen dem roten Metallarbeiter-

verband mit der Uebnahme seiner Verleumdungen ihre Anerkennung dafür, daß er ihnen die Bütteldienste gegen die ausgesperrten Merdener Arbeiter besorgt. Das ist eine neue Bestätigung des alten Erfahrungssatzes: Arbeiterverrat, dein Name ist Sozialdemokratie!

### Die sozialdemokratische Schwindler- und Fälscher-gesellschaft am Branger.

In der vorigen Nr. zeigten wir an einigen Beispielen, mit welchen schönen und unehrlichen Mitteln die Metallgenossen sich angebliches Beweismaterial für nicht vorhandene „christliche Streikbrüche“ zu erschwindeln, zu erschleichen und zu erkaufen suchen. Für heute wollen wir einen weiteren groben roten Schwindel ins rechte Licht rücken. Als Spiegel gen Feuerbach zog, um die Schandtaten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes den Christen an die Nackthöhe zu hängen, da hatten die Stuttgarter Genossen sich u. a. auch einen schriftlichen „Beweis“ für die von ihnen behauptete christliche Schlechtigkeit fabriziert. In der Feuerbacher Versammlung, wo Spiegel seine Gastrolle gab und nachher in der roten Partei- und Gewerkschaftspresse (Metallarbeiterzeitung, Korrespondenzblatt etc.) operierte man mit einer angeblichen „Bescheinigung“ eines angeblichen christlichen Mitgliedes U. B., die folgendermaßen aussieht:

#### Bescheinigung.

Der Unterzeichnete U. . . . B. . . . , geb. in Reiberg erklärt, daß er von dem christlichen Metallarbeiterverband in die Firma Sanitaria in Ludwigsburg zur Zeit des Streiks als Fälscher vermittelt wurde.

Auf dem Bureau des christlichen Metallarbeiterverbandes wurde mir erklärt, daß ich zu Herrn Seigerschmidt in Ludwigsburg gehen solle, der mir Arbeit verschaffen werde. Ich wurde am 28. Dezember 1912 von der Firma Sanitaria als Fleischer eingestellt und arbeitete bis zum 10. Januar in diesem Betrieb.

Von Herrn Seigerschmidt (Vorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes in Ludwigsburg) wurde mir, während ich bei der Firma Sanitaria in Arbeit stand, gesagt, der Deutsche Metallarbeiterverband haben den christlichen Metallarbeiterverband früher nicht aufkommen lassen wollen, infolgedessen sei es jetzt notwendig, daß sie so viel wie möglich Mitglieder in den Betrieb bekommen. Sie wollten dann mit der Firma Sanitaria einen Tarif abschließen.

Es war mir zuwider, daß ich bei Nacht zu dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes kommen sollte, um von dort die nötigen Informationen zu erhalten. Ich bin aus eigenem Antrieb bei der Firma Sanitaria ausgetreten und hätte bei derselben die Arbeit nicht aufgenommen, wenn ich gewußt hätte, daß die Arbeiter in diesem Betriebe in Streik stehen. Ich bedaure aufrichtig, daß ich unter diesen Umständen Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes gewesen bin.

Ludwigsburg, im Januar 1913.

gez.: U. . . . B. . . .

Diese anonyme Bescheinigung ist eine gemeine Fälschung zwecks Verdächtigung des christlichen Metallarbeiterverbandes, wie folgende Feststellungen beweisen:

1. Gemein gefälscht ist schon die Unterschrift U. . . . B. . . . Es kann sich hier nur um den Flaschner und Gürtler Josef Hirsch handeln, dessen ganze Mitgliedschaft im christlichen Metallarbeiterverband sich auf die Entrichtung der üblichen Eintrittsgelder erstreckte. Nach uns zugegangenen Mitteilungen soll das ominöse, mit U. B. ohne bestimmtes Datum unterfertigte Schriftstück schon tagelang vorher zur Unterzeichnung im Lokal des sozialdemokratischen Verbandes bereit gelegen haben. Wenn man dann weiter hört, daß dieser dunkle U. B. nach vollzogener Unterschrift sich umzelnb die Silberlinge des roten Verbandes einfachte, so kann sich jedermann einen Vers auf die „Glaubwürdigkeit“ dieses sozialdemokratischen Menstüches machen.

Damit ist Herr U. B. samt seinem Helfershelfer in das richtige Licht gerückt. Wir überlassen ihn neidlos als „große Bierde“ dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband. Beide sind einander würdig!

2. Es ist nicht wahr, daß dieser Flaschner U. B. vom Büro des christlichen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart nach Ludwigsburg gewiesen wurde. Das konnte schon deswegen nicht geschehen, weil U. B. nach seiner eigenen Angabe auf dem Büro niemanden angetroffen hat.

3. Es ist Tatsache, daß dieser U. B. aus eigenem Antrieb zum Vertrauensmann des christlichen Metallarbeiterverbandes in Ludwigsburg kam und von diesem eingehend über den Streik und seine Ursachen bei der „Sanitaria“ unterrichtet wurde. U. B. erklärte darauf: da frage er nichts nach, die Genossen habe er satt, wegen denen habe er aus Stuttgart fortgemußt, es solle ihm nur ein Streikposten kommen, denen würde er es geben!

Weiter gab er an, er sei völlig mit Geld und brauche unbedingt Geld. Der famose sozialdemokratische

Zeuge U. B. kam nicht zum christlichen Vertrauensmann um sich „Informationen zu holen“, sondern um nach bekannter Speckjägermanier um Geld, Brot und Kleidungsstücke zu betteln.

4. Unwahr ist die Angabe des U. B., der christliche Vorsitzende habe gesagt: „Der deutsche Metallarbeiterverband habe den christlichen Metallarbeiterverband früher nicht aufkommen lassen wollen, infolgedessen sei es jetzt notwendig, daß sie soviele Mitglieder wie möglich in den Betrieb schickten.“

Aus diesen Tatsachen und den in den Fällen Melin und Weber von uns gemachten Feststellungen geht klar und deutlich hervor, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband vor den gemeinsten Fälschungen nicht zurückschreckt, um damit seine leichtfertige in die Welt gesetzten schönen Verleumdungen gegen den christlichen Metallarbeiterverband zu stützen und die eigenen Mitglieder und die Öffentlichkeit vom arbeiterverräterischen Treiben in den eigenen Reihen abzulenken. Wie lange will sich unsere Metallarbeiterschaft zu ihrem Schaden dieses schandbare Treiben des sozialdemokratischen Verbandes noch gefallen lassen? Kollegen, Verbandsmitglieder! Unsere Antwort kann nur lauten: Mit verdoppelten Kräften an die Aufklärungs- und Werbearbeit zur Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes! Die roten Büttel des Scharfmacher-tums, diese Arbeiterverräter, Fälscher und Verleumder sollen auf Granit beißen.

### Der Regulator und der Vertragsbruch des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins.

In Nr. 5 des „Regulator“ verbricht die Redaktion resp. Verbandsleitung einen seitenslangen Artikel, um den Treubruch und Vertragsbruch des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins in Stolberg zu rechtfertigen. Allerlei Mährchen werden zusammengetragen, die mit der Stolberger Angelegenheit nichts zu tun haben, um die Leser vom eigentlichen Kernpunkt der Sache abzulenken. Da wird zunächst ein früherer Kaplan von Stolberg herangezogen, der angeblich die Hirsch-Dunderschen belämpft haben soll. Auch der Kampf auf der Hütte Rote Erde vor sechs Jahren wird angeführt, um das jetzige Verhalten der Hirsch-Dunderschen zu beschönigen. Ferner muß der sozialdemokratische Schwindel vom Streikbruch der Christlichen in Stuttgart und Hilden als Vorbeispiel und willkommener Vorwand dienen, um die schosfe Haltung des Gewerkevereins zu decken. Selbst der Bergarbeiterstreik muß herhalten. Ja, sogar aus der Tagespresse, der Neuwieder Zeitung vom September vorigen Jahres, wird eine Notiz ausgegraben, wonach sich der christliche Metallarbeiterverband dort mit Erfolgen der Hirsch-Dunderschen geschmückt haben sollte.

Also das sind die Rechtfertigungsgründe der Hirsch-Dunderschen Gewerkevereinsleitung. Wie schosfel muß es um ihre Sache stehen, wenn sie mit solch kläglichen Mitteln verteidigt werden muß! Dieses Verhalten ist um so verachtungswürdiger, weil es sich gegen einen Verband richtet, mit dem derselbe Hirsch-Dundersche Gewerkeverein ein Vertragsverhältnis eingegangen ist.

Hiermit sei die direkte Frage an die Gewerkevereinsleitung gestellt: Was haben obige, von ihr angeführten Dinge, mit dem Vorgange in Stolberg zu tun?

Was der in Frage stehende Kaplan vor Jahren getan hat, geht den christlichen Metallarbeiterverband nichts an. Es hat auch eine Zeit gegeben, wo der christliche Metallarbeiterverband von demselben Herrn bekämpft wurde. Auch der vor sechs Jahren bestandene Kampf auf Rote Erde hat mit den jetzigen Vorgängen in Stolberg keinerlei Zusammenhang. Wollte der Gewerkeverein Hirsch-Dunder auf Grund früherer Kämpfe keine ehrliche Zusammenarbeit, hätte seine Leitung kein Vertragsverhältnis mit uns eingehen dürfen.

Die Gewerkevereinsleitung hätte sich auch längst durch die Richtigstellungen in der Presse überzeugen können, daß der sozialdemokratische Verband in Hilden freiste, um die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes außer Stellung zu bringen. Ebenso liegt der Fall in Stuttgart, wo unsere Verbandsmitglieder, die monatlang für ihre Rechte gekämpft und auf der Straße gelegen, aus ihrer neu gewonnenen Stellung verdrängt werden sollen. — Verlangt vielleicht die Hirsch-Dundersche Gewerkevereinsleitung, daß die Mitglieder unseres Verbandes selbst mitkriechen sollen, damit sie von den Sozialdemokraten außer Arbeit gesetzt werden?

Nur ein unehrlicher Demagoge kann solche Zumutungen stellen.

Es ist auch eine Unehrllichkeit und ein demagogischer Kniff, wenn der Beamte Hartmann vom Hirsch-Dunderschen Gewerkeverein in einem Schreiben verlangt, daß die noch im Betrieb befindlichen Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes allein die Kündigung einreichen sollen, während die Hirsch-Dunderschen stehen bleiben! Ein solches Verlangen ist geradezu eine Unverschämtheit. Wo in aller Welt ist es jemals vorgekommen, daß, wenn zwei und mehr Organisationen im Streik stehen, eine Organisation allein gehalten sein soll, alle ihre Leute aus dem Betrieb herausziehen, während die andere ihre Leute stehen läßt, oder gar, wie in diesem Falle, broht, die Streikenden wieder in den

Betrieb hineinzuweisen? Sollten die noch weiterarbeitenden Arbeiter aus dem Betrieb gezogen werden, dann war es ebenfals Pflicht für die Hirsch-Dunderschen das zu tun, als für die christliche Organisation.

Dieser von der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsausgewählte Kniff sollte ja nur als Feigenblatt dienen, um vor ihren eigenen Anhängern den Treubruch und Arbeiterverrat zu vertuschen und zu beschönigen. Woher leitet überhaupt die Gewerkschaftsausgewählte die Berechtigung zu dieser Sonderstellung für ihre Organisation ab? - Wie liegen die Tatsachen?

- 1. Die Firma Brym in Stolberg suchte mit allen zweifelhaften Mitteln einen Werkverein, eine gelbe Organisation einzuführen. Dieses Vorgehen richtete sich ebenfals gegen die Hirsch-Dundersche wie gegen die christliche Organisation.
- 2. Eine Anzahl organisierter Arbeiter, darunter sogar Ausschußmitglieder, werden gemahnt. Darüber sind die Arbeiter empört und spontan - ohne die Verbandsleitungen zu befragen - treten 120 Hirschlich Organisierte, 62 Hirsch-Dundersche, 5 freie Gewerkschaftler und eine Anzahl Unorganisierter in Streik.
- 3. Die Verbandsvertreter stehen vor fertigen Tatsachen, sie erkennen unter den gegebenen Verhältnissen den Streik als berechtigt an und gewähren den Arbeitern ihre Unterstützung, auch die Vertreter des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts.
- 4. Der Hirsch-Dundersche Beamte Hartmann hat die Arbeiter in einer Versammlung am 16. Januar mit aller Berechtigung aufgepeitscht, indem er ihnen zurief:  
"Kollegen! Haltet tren und fest zusammen, gebt Euer Recht nicht her um ein Vinsengericht, seid keine Hasen, die beim ersten Schuß laufen gehen, sondern zeigt Euch als Männer, die auch in ersten Stunden zu kämpfen verstehen."

In einem Flugblatt redet derselbe Beamte Hartmann noch eine blutrünstigere Sprache. Da ruft er seinen Kollegen zu:

"Praktisch und in der Annahme, die Stolberger Arbeiterchaft sei mit einer Hand voll Silberlinge als Jubel zu erkaufen, versucht die Firma Brym in Stolberg, ihre Arbeiter zu entmannen und als Verwahrer und Salonnen zu stampeln. - Sie zahlt jedem 100 Mark, der auf sein gesetzlich gewährte Vereinigungsrecht verzichtet und somit zum Heloten und Jammertropfen herabsinkt. ... Kollegen! die Firma will Euch ins Bockshorn jagen. ... Auch möge sich die Firma daran erinnern, daß man mit einer freilebenden und zufriedenen Arbeiterchaft bebauernd weiter kommt, als mit Heloten und untreuen Arbeitern, die nur gezwungen und nur dann ihre Arbeit verrichten, wenn die Untreue mit der Beistütze dahinter stehen."

5. Die Rede und Schreibweise des Hirsch-Dunderschen Beamten Hartmann beweist schlagend, daß er das Vorgehen der Arbeiter für berechtigt hält; ja, er bezeichnet sie sogar als "Heloten" und "Jammertropfen", wenn sie anders handeln würden. Der Beamte Hartmann betrachtet nach seinem Vorgehen den Kampf bei Brym nicht als eine Angelegenheit des christlichen Metallarbeiterverbandes, sondern als eine Sache aller beteiligten Organisationen, ja aller rechtschaffenen, selbstbewussten Arbeiter.

6. Derselbe Beamte Hartmann hatte zwei, drei Tage später die Unversehrtheit, in einem Schreiben zu verlangen, daß der christliche Metallarbeiterverband seine noch im Betriebe befindlichen Arbeiter herausziehen sollte, während die Hirsch-Dunderschen stehen bleiben. Vor dem hatte er aber schon allein mit der Firma Brym gekündigt, um Sondervergünstigungen für seine Organisation zu ergattern, von denen er wußte und wissen mußte, daß dieselben nur versprochen wurden, um die Einigkeit der Arbeiter zu zerören und der Firma Brym einen leichten Sieg über die Arbeiter zu verschaffen.

7. Außer dem Beamten Hartmann hatte die Hauptleitung des Gewerkschafts in Berlin den Beamten Tziessli nach Stolberg geschickt, unter dessen Mithilfe und Betreiben der Vertragsbruch ausgeführt wurde.

8. Dem Generalsekretär des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts in Berlin wurde von unserm Verbandsvorsitzenden Hirsch per Telephon mitgeteilt, welche Rolle seine Beamten in Stolberg anzuführen im Begriff standen.

9. Die Hauptleitung des Gewerkschafts hat den Vertragsbruch ihrer Beamten nicht verhindert, obwohl sie es konnte und auch vom Verbandsvorsitzenden Hirsch darauf verwiesen wurde, daß unter solchen Umständen ein Vertrag nicht mehr anrecht erhalten werden könnte.

Soweit der eigentliche Sachverhalt.

Wenn von untergeordneten örtlichen Instanzen, von Kollegen im Arbeitsverhältnis hier und da mal kleine Verdächtige vorhanden, welche die Zentralleitung nicht weiß, deshalb auch nicht verhindern kann, so wird sich kein vernünftiger Mensch darüber aufregen oder das als Vertragsbruch bezeichnen. Für den vorliegenden Fall Stolberg aber trifft dieses nicht zu; drei Instanzen hatten davon Kenntnis oder haben mitgewirkt: Lokalbeamte, Bezirksbeamte und die Zentralleitung der Hirsch-Dunderschen in Berlin. Außerdem war es keine nebenwärtige Kleinigkeit, um was es sich in Stolberg handelte, sondern es handelte sich um einen Anwalt, wo hunderte von Arbeitern für ihr staatsbürgerliches Recht, für ihr Konstitutionsrecht einzutreten mußten. Die Hirsch-Dundersche Organisation konnte nicht sagen, daß sie nicht genügend berechtigt oder nicht als gleichberechtigt anerkannt worden wäre, wie es leider so oft seitens der "freien" Verbände aus gegenüber geschieht.

Das Vorgehen des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts und seiner Leitung ist deshalb um so verwerflicher, weil gar kein Grund dafür vorlag. Der Arbeiterchaft haben die Hirsch-Dunderscher dadurch einen gewaltigen Schlag versetzt, der ihnen nicht vergessen werden kann. Die Zeit wird kommen wo wir die Gewerkschaftsausgewählte an Stolberg erinnern werden.

Der Gewerkschaftsausgewählte Hirsch-Dunderscher hat durch sein Vorgehen in Stolberg den Vertrag zwischen uns und sich zerören; verfehlern läßt sich der Hirsch nicht mehr. Es hat auch keinen Zweck, Beiträge dem Schein nach aufrecht zu erhalten, wenn sie so gründlich durchbrochen werden. Unser Verbandsfunktionären und Mitgliedern wird die Tatsache hiermit zur Kenntnis gebracht, daß ein Vertrauensverhältnis mit dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft resp. dessen Funktionären nach den angeführten Verhältnissen in

Stolberg nicht mehr angängig ist. Gegen Verschlagenheit und Hinterlist ist ein berechtigtes Maß von Mißtrauen am Platze und vollauf berechtigt.

Unterdes hat die Hauptleitung des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsausgewählten der Maschinenbau- und Metallarbeiter zwischen ihnen und unserem Verband bestehenden Vertrag gekündigt. Unsere Kollegen wollen hiervon Kenntnis nehmen und ihr Verhalten dementsprechend einrichten.

Wie ich zur Einsicht kam.

Es war an einem prachtvollen Sonntagmorgen im September. Die goldenen Strahlen der Sonne überfluteten die Herbstlandschaft mit jenem reizvollen Zauber, der wirklich geeignet ist des Menschen Herz höher schlagen zu lassen. Doch meine Gedanken waren nicht darauf, daß ich mich dem Zauber dieses herrlichen Sonntagmorgens hätte hingeben können. Die Sorge, jenes unheimliche, graue Wesen, das Freude und Schaffenslust vercheucht, war eingelehrt in mein Heim. Immer wieder fiel mein Blick auf die Lohnhütte, die ich am gestrigen Samstag erhalten. Und immer wieder tauchte vor mir die bange Frage auf: Wie willst du deine Familie anständig durchbringen mit einem so stark beschnittenen Verdienste?

Noch sah ich da in meiner Stube, in dumpfes Brüten versunken, da traten einige Männer zu mir herein. Es waren Männer meines Standes, die, wie ich, durch ihrer Hände Arbeit ihr täglich Brot erwerben mußten. Ob nicht auch ich willens sei, durch Mitarbeit in der Organisation auf eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinzuwirken - so fragten sie mich. - Wie in den Tagen der Freiheitskriege Krieger, Männer und Weiber unter der Fahne ihres Königs für das Wohl des Vaterlandes in den Kampf zogen, so sah ich auch hier Krieger, Männer und Weiber von einem Gedanken befeuert, dem Gedanken, durch obertreffliche, solidarische Arbeit für die Hebung der Lage ihres Standes zu kämpfen. Mit feurigen und begeisterten Worten suchten sie mich zu überzeugen, daß heutzutage der Platz eines rechtlich denkenden Arbeiters in seiner Berufsorganisation sei. Nur dadurch sei es dem Arbeiter möglich, auskömmliche Löhne zu erringen und zu erhalten und seinen Pflichten sowohl dem Stande wie der Familie gegenüber nachzukommen.

Konnte ich den Ausführungen dieser Kollegen widersprechen? Nein. So manches ihrer Worte traf mich, wie nur ein berechtigter Vorwurf treffen kann. Mühte nicht auch ich im Interesse meiner Familie eine Lohnaufbesserung anzustreben? Wie weit waren wir in unserem Betriebe mit der unsinnigen "Weisheit": "Daß jeder selbst sehen, daß er das erhält, was ihm zukommt" gekommen? Die Lohnhütte, die vor mir lag, gab die Antwort auf diese Frage. Der eine Arbeiter wurde in unserm Betriebe gegen den anderen ausgetrieben, der eine sah in dem andern nicht mehr den Kollegen, sondern den Rivalen. Was Wunder, wenn man da schließlich mit einer solchen Löhnung nach Hause geschickt wurde. - Also fort mit dem feigen, unchristlichen Grundsatz des Egoismus! Wie sagten die Kollegen aus dem christlichen Metallarbeiterverband, die da vor mir standen: "Einer für alle, alle für einen!" Ja, das war das Rechte: nicht Kleinlicher Eigennutz, sondern Solidarität; durch gemeinsame Arbeit und gemeinsame Opfer allein wird es möglich sein, für alle Kollegen auskömmliche Löhne und gütigere Arbeitsverhältnisse zu erringen. Ich hatte es ja am eigenen Leibe erfahren müssen, daß die Theorie des Eigennutzes nicht aufwärts, sondern abwärts führt. Und dann kam mir der Gedanke: Wie hast Du als Christ dein bisheriges Verhalten mit dem Gebote der Nächstenliebe in Einklang bringen können? Darüber hatte ich mir bis jetzt überhaupt noch keine Rechenschaft gegeben. Das aber war mir klar, die Kollegen, die in ihrer Berufsorganisation nach dem Grundsatz "einer für alle und alle für einen" arbeiten, ringen und Opfer bringen, die haben praktisch nach diesem Gebote gehandelt.

Auch ich gehörte in diese Organisation, das stand nun bei mir fest. Auf dem Fleck hätte ich beitreten müssen, aber - Eintrittsgeld und Beitrag! konnte ich es als Familienvater verantworten, gerade diese schmale Löhnung, die ich gestern heimbrachte, nun noch um diesen Betrag zu schmälern? Ein schwerer Kampf tobte in meinem Innern. Sollte und mußte ich nicht den Beitritt bis zur nächsten Löhnung verschieben? Und doch, wer gab mir die Garantie, daß es dann besser gehen würde? - Da fand meine Frau das erlösende Wort: "Was so viele können, das mußt auch du können." Das Eis war gebrochen; ich erklärte meinen Beitritt.

Dabei ließ ich es freilich allein nicht bewenden. Mein gesunder Menschenverstand sagte mir: Was du tust, das tue ganz! Die wackeren Agitatoren, die mir die Augen geöffnet, nahm ich mir zum Vorbild. Auch ich betrieb die Agitation und zwar mit Erfolg. Ein großer Teil der Kollegen in meinem Betriebe sah es bald ein, daß wir uns durch die Organisationslosigkeit selbst so schwer geschädigt. Auch sie schlossen sich an - und im Betriebe wurde es schon halb anders. An den Versammlungen und Unterrichtskursen nahm ich lebendigen Anteil. Und immer mehr kam mir der ganze Wert der Organisation zum Bewußtsein, die erst die notwendige materielle Grundlage schafft auch für den kulturellen Aufstieg des Arbeiterstandes. Mit einem Arbeiterstand, der sich eine starke wirtschaftliche Organisation geschaffen, muß man nicht allein im wirtschaftlichen, sondern auch im öffentlichen Leben rechnen, man kann über seine

Wünsche nicht einfach mehr zur Tagesordnung übergehen.

Ueber zwei Jahre bin ich jetzt Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes. Und wie vor zwei Jahren, so finde ich auch heute noch meine liebste Beschäftigung darin, für meinen Verband zu wirken, durch ein aufklärendes und ermunterndes Wort neue Mitglieder zu werben und schwankende Mitglieder dem Verbande und damit unserer gemeinsamen Sache zu erhalten. Kollege denn in unsern Adern nicht mehr ein Tropfen von dem Blute unserer Vorfahren, die vor nunmehr hundert Jahren in den Kampf zogen für die Befreiung ihres und unseres Vaterlandes? Ich meine doch. Nun wohl Kollegen, wenn wir heute der Begeisterung und der Tapferkeit jener Helden der Freiheitskriege gedenken, so zeigen wir, daß uns dieselbe Begeisterungsfähigkeit und Tapferkeit als Erbschaft überkommen ist. Auch wir sind zum Kampfe berufen; und ruft die Pflicht, einzutreten für die Hebung der Lage des größten Standes im deutschen Volke und für seine Gleichberechtigung. Folgen wir dem Rufe in alter deutscher Pflichttreue. Führen wir unsere gerechte und erhabene Sache durch tapfer und einmütige Arbeit zum Siege. H. W.

Die Unternehmungformen.

II.

Wirtschaftlich und rechtlich fast auf der gleichen Stufe wie die Einzelunternehmung stehen verschiedene Gesellschaftsformen, von denen zuerst die offene Handelsgesellschaft genannt werden soll. Der Begriff der Gesellschaft ist natürlich eine Mehrzahl von Personen voraus. Ihre Anzahl ist bei der offenen Handelsgesellschaft nicht beschränkt - wenigstens nicht durch das Gesetz - aber aus praktischen Gründen wird sie stets eine kleine sein; zwei, drei, höchstens vier Personen bilden gewöhnlich eine offene Handelsgesellschaft. Diese muß eine gemeinschaftliche Firma haben - ihr Zweck muß auf den Betrieb eines Handelsgewerbes gerichtet sein. Unter einem solchen versteht das Gesetz nicht nur ein Unternehmen, das sich mit dem Handel befaßt, sondern auch jedes gewerbliche Unternehmen, das nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert" (§ 2 des Handelsgesetzbuches.) Der entscheidende Begriff für unsere Gesellschaft wird aber erst gegeben durch die unbeschränkte Haftung jedes einzelnen Gesellschafters den Gesellschaftsgläubigern gegenüber. Neben dem Gesellschaftsvermögen haften diesen also auch das Privatvermögen sämtlicher Gesellschafter. Jeder Einzelne haftet als Gesamtschuldner - d. h. für die gesamten Schulden der Gesellschaft. Jeder Gläubiger kann also von jedem der Gesellschafter die ganze Schuld fordern. Person und Gesellschaft hängen also bei der offenen Handelsgesellschaft sehr innig zusammen - die letztere besteht rechtlich nicht, eher die erstere - ist also keine juristische Persönlichkeit d. h. eine Persönlichkeit, die ohne jeden Zusammenhang mit den Gesellschaftern ein eigenes Rechtssubjekt bildet, also selbständig Rechte und Pflichten hat. Das Rechtsverhältnis unter den Gesellschaftern wird durch den "Gesellschaftsvertrag" geregelt. Im Falle, daß dieser Lücken läßt, sind die gesetzlichen Bestimmungen geltend. Sehr wichtig ist natürlich die Geschäftsführung. Der Gesellschaftsvertrag kann sie einem, mehreren oder allen Gesellschaftern übertragen. Das Letztere tritt ohne weiteres kraft Gesetzes ein, wenn der erwähnte Vertrag keine nähere Bestimmung über die Geschäftsführung enthält. In diesem Falle sind alle Gesellschafter zur Führung der Geschäfte nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet. Wenn ein wichtiger Grund vorliegt, insbesondere grobe Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung, so kann das Recht der Geschäftsführung einem Gesellschafter entzogen werden - und zwar durch gerichtliche Entscheidung, der ein Antrag der anderen Gesellschafter zu Grunde liegen muß. Sehr wichtig ist das Recht jedes Gesellschafters, auch bei der Geschäftsführung ausgeschlossen, daß er sich jeder Zeit von den Angelegenheiten der Gesellschaft persönlich unterrichten darf; insbesondere darf er die Handelsbücher und die Papiere der Gesellschaft einsehen und sich aus ihnen eine Bilanz fertigen. Dieses Recht kann zwar im Gesellschaftsvertrag ausgeschlossen oder beschränkt sein - eine derartige Bestimmung ist aber unwirksam, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß die Geschäftsführung auf unethische Weise ausgeübt wird.

Dem Rechtsverhältnis der Gesellschafter unter sich steht dasjenige der Gesellschafter zu dritten Personen gegenüber. Auch hierfür ist wieder in erster Linie der Gesellschaftsvertrag maßgebend. Obgleich die offene Handelsgesellschaft keine juristische Person ist, kann sie doch unter ihrer Firma Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, als Gesellschaft Klagen und verklagt werden. Wenn der Gesellschaftsvertrag nichts anderes bestimmt, ist zur Vertretung der Gesellschaft jeder Gesellschafter ermächtigt. Eine Beschränkung der Vertretungsmacht ist unzulässig. Ueber die vermögensrechtliche Haftung der einzelnen Gesellschafter ist schon das Nötige gesagt.

Der bekannte Nationalökonom Riehmann teilt die Gesellschaften in Personal- und Kapitalgesellschaften ein. Die letzteren kennzeichnen sich durch die "Trennung von Unternehmungsbesitz und Unternehmungsleitung". Damit ist schon gesagt, daß in den Personalgesellschaften, zu denen Riehmann auch die offene Handelsgesellschaft rechnet, in den meisten Fällen eine Vereinigung von Besitz und Leitung die Regel ist. Tatsächlich ist gerade bei unserer Gesellschaftsform Kapital und Arbeit in den weitest möglichen Fällen nicht getrennt. Die Kapital gebenden Gesellschafter sind auch meistens die Leiter der Unternehmung. Das geht so weit, daß der Bedarf an einer leitenden Arbeitskraft in sehr vielen Fällen geradezu der Grund der Errichtung einer offenen Handelsgesellschaft ist. "Die Ergänzung der

# Kollegen!

Die Aussperrung in Menden dauert weiter an, ein Ende ist noch nicht abzusehen. Die Sozialdemokratie sucht durch einen systematischen Verleumdungskampfbzug die Position der Mendener Kollegen zu erschweren. Tuo wir daher unsere Pflicht. Vergesse keiner den regelmäßigen Extrabeitrag für die kämpfenden Arbeitsbrüder in Menden.

## Allgemeine Rundschau. Ein Keulenschlag aus rote Kontor.

Es war vorauszusehen, daß die Erklärung des Metallarbeiters Weber, die auf dessen Wunsch hin in unserm Organ und in der Tagespresse zwecks Kennzeichnung der sozialdemokratischen Verleumdungen veröffentlicht wurde, im roten Lager wie ein Keulenschlag wirken werde. Man hatte die Sache doch so schön eingefädelt, ohne Ortsangabe und Datum jagte man das Schriftstück durch die rote Presse, unter das man sich — unter Aufbietung aller Ueberhebungs-künste — eine Unterschrift erschlichen. Um ganz sicher zu sein, daß der Schwindel nicht aufgedeckt werde, gab man Weber sogar noch den „Nazi“, nur ja nicht nach Menden zurückzukehren. Und nun folgte dem so vorsichtig eingefädelt Schwindel trotz alledem die Entlarvung auf dem Fuße!

„Es ist zum Verzweifeln!“ denkt der Herr Bevollmächtigte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Hagen. „Also, trotzdem du dich von deiner splendiden Seite geeizt hast, hält dieser Weber nun doch nicht mit der Wahrheit hinter dem Berge. Ja, traue einer diesen Christen! — Ernst, Ernst, jetzt bist du trotz aller Schlaubeit der blamierte internationale Europäer! . . . „Über Ernst,“ so philosophierte der „blamierte internationale Europäer“ weiter, „sei kein Naß; wenn ein Keil i sagt, sagt er auch a und wieder i. Hast du es fertig gebracht, dich am Telefon ohne zu erröten als Ingenieur auszugeben, dann bringst du es auch über dich, in diesem Falle das Blaue vom Himmel herunter zu leugnen.“

Und der Bevollmächtigte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Hagen setzte sich hin, und stritt zunächst in einer von ihm so genannten „Berichtigung“ an die „Westdeutsche Volkszeitung“ alles rundweg ab, was Weber in seiner von uns in voriger Nr. veröffentlichten Erklärung in Gegenwart von vier Zeugen als die Wahrheit erklärt hat. Weiter schrieb Genosse Ernst einen Maßstabsartikel an die rote Presse, worin er ebenfalls den Hergang der Sache auf dem roten Buro in Hagen in einer von Weber ausdrücklich als unwahr bezeichneten Weise darstellt. Wir stellen der unwahren Darstellung des Sachverhalts durch den Genossen Ernst folgende Tatsachen gegenüber:

1. Weber hält seine von uns veröffentlichte Erklärung voll und ganz als der Wahrheit entsprechend aufrecht;
2. Es ist eine aus den Fingern geflogene Unwahrheit, daß die Streikleitung in Menden erklärt hätte: „Wenn Ihr nicht nach Stuttgart geht, wird euch die Streikunterstützung entzogen.“ Weber besteht darauf, festzustellen, daß er sich aus freien Stücken die Ueberweisung nach Stuttgart hat ausstellen lassen, daß er ferner aus eigener Willensentscheidung von Stuttgart aus zu Fuß weiter gereist ist, um sich Arbeit zu suchen,
3. Weber besteht weiter darauf, festzustellen, daß er von niemanden nach der „Sanitaria“ geschickt worden sei, daß er dieses Werk vielmehr gar nicht kenne und er das sozialdemokratische Schriftstück nur unterschrieben habe in der Voraussetzung, es sei damit das Sekretariat des christlichen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart gemeint.
4. Weber ist der Auffassung, auf dem sozialdemokratischen Buro in Hagen dem Inhalte nach nichts anderes unterschrieben zu haben, wie daß er von Menden nach Stuttgart gefahren und von dort zu Fuß zurückgereist sei. — Und das habe er unterschreiben können.

Das ist der einfache Tatbestand, den der Genosse Ernst nicht aus der Welt schreiben kann. Warum hat man den Weber, als er irrtümlich auf das sozialdemokratische Büro kam, nicht an das Büro unseres Verbandes verwiesen, welches am 17. Januar bis 9 Uhr abends geöffnet war? Weshalb traktierte man hier und suchte zwischenwuch bei dem Kollegen den Glauben zu erwecken, das richtige Büro sei geschlossen? — Doch wohl nicht um dem christlichen Verband die Reiseunterstützung zu ersparen? — Das mag der Genosse Ernst den Lesern der roten Presse aufblenden; denkende Arbeiter glauben den Humbug nicht. Vielmehr wird diese unehrliche und unfaire Kampfmethode der Sozialdemokratie ihr Teil dazu beitragen, daß ehrliche und anständige Arbeiter einsehen, daß ihr Platz nur in den christlichen Gewerkschaften sein kann.

## Der retiringende Genosse Hoffmeister.

Gleich zu Beginn des Kampfes in der Mendener Metallindustrie bombardierte das Kampfbüro sozialdemokratische Metallarbeiterbüro die Genossenpresse mit unwahren Notizen über die Ursache der Differenzen bei Schmöle und Co. Dadurch wurde die Position unserer Kollegen geschwächt und die Firma zu hartnäckigem Widerstande aufgeregelt. Selbstverständlich konnten wir dem unehrlichen Treiben nicht mit schwächsten Armen zusehen. Wir brandmarkten vielmehr diesen roten Arbeiterverrat in Nr. 38 von 1912 in einer Weise, die dem Beamten Hoffmeister vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Hjerlohn) „anz Magere“ ging, wie Keuter sagt. Nachdem wir das sozialdemokratische Verleumdungsgewebe gründlich zerrissen hatten, schloß unsere Strichzeichnung folgendermaßen:

„Angeichts solcher Tatsachen wird die Arbeiterschaft wissen, wie sie die Genossenschaft einzuschließen hat. Wir werden es angeichts solcher Schurkereien, wie sie der Deutsche Metallarbeiterverband hier (in Menden) ausübte und noch auszuüben willens ist, ablehnen, mit ihm gemeinsame Sache zu machen, zumal Genosse Hoffmeister mit seinem Gefellen Storch in einer Betriebsversammlung in Menden wissen ließen, daß die roten Mitglieder Streikbrecherdienste leisten würden.“

Genosse Hoffmeister verklagte wegen dieser Zeichnung unseren Redakteur beim Naßi, um sich seine rampontierte Ehre reparieren zu lassen. In der Klagebegründung führte sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. David-Hagen unter anderem aus:

„Der Ausdruck Schurkerei kann sich nur auf den Privatkläger (Hoffmeister) beziehen, da dieser der Gewerkschaftssekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Hjerlohn ist, und sein Name in demselben Abjag des Artikels genannt wird. Der Vorwurf des Leistens von Streikbrecherdiensten ist ebenfalls beleidigend.“

## Reichssozialpolitik.

Der Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1913, dessen Beratung der Reichstag bereits begonnen hat, enthält eine Reihe die Arbeiterschaft besonders interessierende Postulate.

Der größte Posten ist der für die Sozialversicherung. Die Belastung des Reichs aus den auf Grund der Reichsversicherungsordnung zu gewährenden Leistungen ist veranschlagt mit 57 120 000 Mark. Es wird angenommen, daß am 1. Januar 1913 945 032 Invalidenrenten und 88 221 Altersrenten laufen. Für 1913 ist der Zugang an Invalidenrenten mit 121 000 und der Zugang an Altersrenten mit 13 500 angenommen. Im Laufe des Jahres, so wird berechnet, werden rund 130 000 Renten wieder fortfallen. Nach diesen Ziffern ist der Bedarf auf 57,1 Mill. M., gegen 56,3 Mill. im Vorjahre, berechnet und von der Budgetkommission auch bereits genehmigt worden. Hierbei wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht die Leistungen der Versicherung für die Hinterbliebenen erhöht werden könnten, und eine diesbezügliche Berechnung verlanat. Nach Vereinbarungen zwischen Reichstag und Regierung ist spätestens 1915 eine Novelle zur Reichsversicherungsordnung vorzulegen befaßt Neufestsetzung der Altersgrenze bei der Invalidenversicherung auf 65 Jahre. Ein Vertreter der Regierung gab zu, daß bis dahin auch die obige Frage beantwortet und eine Nachprüfung zwischen dem Verhältnis von Leistung und Beitrag erfolgen könne. Die Kommission verlangte aber einstimmig, daß unter Zugrundelegung der Rechnungsergebnisse vom Jahre 1913 eine neue Berechnung angefertigt und nicht gewartet werde bis 1915. Im Plenum wird ja demnächst noch weiter über diese Frage gesprochen werden.

Durch § 87 der Reichsversicherungsordnung ist die Zahl der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts von 18 auf 32 erhöht worden. Beim „Reichsversicherungsamt“ wird dies berücksichtigt; es ist hier ein Betrag 34 500 Mark, für je ein Mitglied 1500 Mark Entschädigung eingeseht. Die Arbeiten der Rechnungsstelle sind durch das Eintreten der Hinterbliebenen- und Krankenversicherung vermehrt worden. Die Rechnungsstelle wird nun auch Gutachten über die Gleichwertigkeit der Leistungen von Krankenkassen zu erstatten haben. Auch die Arbeiten auf dem Gebiete der Unfallversicherung haben sich vermehrt. Es wird deshalb eine Beamtenstelle mehr im Etat angefordert.

Wenig liegen die Verhältnisse beim Aufwandsamt für Privatversicherung. Diesem Amte unterstehen seit dem 1. Juni 1912 circa 600 Unternehmungen mehr als früher. Nach vor dem 1. April 1913 werden etwa 300 baherische Versicherungsunternehmungen dem Amt zur Veranfassung unterstellt sein. Zur Bewältigung der Mehrleistungen werden zwei neue Stellen für ständige Mitglieder im Hauptamt eingestellt. In den einzelnen Etats der verschiedenen Verwaltungen sind auch die Beiträge für die Angestelltenversicherung zum ersten Male postuliert. Im Etat der Heeresverwaltung sind dafür 105 000 Mark eingeseht; beim Etat der Marineverwaltung sind 70 000 Mark vorgezehen. Als Leistungen zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung der Arbeiter sind bei dieser Verwaltung 1 165 000 Mark eingeseht; außerdem 88 765 Mark für Wohlfahrtsvereine. Die Heeresverwaltung hat für die Arbeitersozialversicherung 1 283 000 Mark aufzuwenden und hat einen weiteren Betrag von 1 804 800 Mark Unterstützungsgelder für Arbeiter, Wittwen und Waisen vorgezehen.

Unter den „einmaligen Ausgaben“ des Reichsamts des Innern, die aber jährlich wiederkehren, findet sich ein Betrag von 100 000 Mark zur Ausbildung von Schiffingen. Es soll damit der deutsche Schiffschiffverein unterstützt werden, der seit 1900 insbesondere Jungen der ärmeren Bevölkerung auf seinen Schiffen zunächst als Matrosenerfah auszubilden läßt.

Zur Förderung einer internationalen Biographie für Sozialwissenschaftler sind 15 000 Mark in Ansatz gebracht; zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit 60 000 Mark; zur Bekämpfung der Tuberkulose 100 000 Mark. Im außerordentlichen Etat finden sich dann noch Aufwendungen für Wohnungszwecke. Für die Rechnungsjahre 1901 bis 1912 sind insgesamt 45 Millionen Mark bewilligt worden. Für 1913 werden weitere 4 Millionen angefordert. Die Summen sollen verwendet werden zur Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering bezahlte Beamte in den Betrieben und Verwaltungen, des Reichs, sowie in den Betrieben der Militärverwaltung. Den Bauvereinen und -Gesellschaften des Personals werden nach Erfüllung gewisser Bedingungen Darlehen gewährt.

Ueber die sozialpolitischen Forderungen und Resolutionen des Reichstags wird später einiges zu sagen sein, nachdem darüber abgesehen worden ist. Gegenwärtig, bei Beratung des Etats des Reichsamts des Innern, gelangt ein Teil derselben in den nächsten Tagen zur Vorbescheidung. Auch die von unseren Kollegen Becker (Wernberg), Behrens, Giesberts, Hedmann, Schiffer (Worke), Schirmer, Schwarz (Schweinfurt) eingebrachte Resolution, die lautet: Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen: 1. möglichst bald nach Inkrafttreten des dritten Buches der Reichsversicherungsordnung (1. Januar 1913) von der Vollmacht den § 547 der Reichsversicherungsordnung, die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufsrankheiten auszudehnen, Gebrauch zu machen; insbesondere aber 2. das Augenleiden der Bergarbeiter (Mydriasmus), als gewerbliche Berufsrankheit § 547 der Reichsversicherungsordnung der Unfallversicherung zu unterstellen.

Arbeitskraft ist meist wichtiger, als die Heranziehung neuen Kapitals. So nimmt der Vater seinen Sohn als Teilhaber mit in das Geschäft auf oder er übergibt es mehreren Söhnen in der Offenen Handelsgesellschaft, so treten heute auch zwei jeltene mehr Nichtverwandte zur Errichtung einer gemeinsamen Unternehmung zusammen“, so Diekmann in seinen Unternehmungformen (S. 55). Schon durch die gesetzlichen Vorschriften — insbesondere die, welche die Geschäftsführung, die gemeinschaftliche Haftbarkeit etc. betreffen — ist die Anzahl der Gesellschafter praktisch beschränkt.

Die offenen Handelsgesellschaften bieten wirtschaftlich betrachtet manche Vorteile. Neben der durch Aufnahme eines oder mehrerer Gesellschafter ermöglichten Vermehrung des Geschäfts- und Betriebskapitals ist zugleich auch die Möglichkeit einer Vermehrung der leitenden Arbeitskraft gegeben. Die offene Handelsgesellschaft kann also auch bei Unternehmungen angewendet werden, die ein größeres Kapital erfordern und bei solchen, deren Leitung eine kompliziertere, verzweigtere ist — also mehrere Personen bedarf. Und einen großen Vorteil bietet diese Unternehmungsform — der einzelne Gesellschafter ist am Erfolg der Unternehmung ganz anders interessiert als der Direktor einer Aktiengesellschaft. — Besitzt dieser keine Aktien, was sehr oft der Fall sein dürfte, so kann es ihm an und für sich gleichgültig sein, ob die Gesellschaft einen Gewinn oder Verlust erzielt, auf sein Einkommen wird das keinen wesentlichen Einfluß ausüben. Ganz anders beim leitenden Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaft — sein Anteil bestimmt sich durch den Gewinn der Gesellschaft — und bei einem etwaigen Verlust haftet er als Gesamtschuldner den Gläubigern. Gerade dieses Moment dürfte für den Tätigkeitsersfolg des einzelnen Gesellschafters von der größten Bedeutung sein, denn das Interesse der Gesellschaft als solcher und des einzelnen Gesellschafters decken sich durchaus — wirtschaftlich und rechtlich besteht also volle Einheit zwischen beiden.

Daß diesen Vorzügen auch Nachteile gegenüber stehen, ist klar. Wie bei allen Gesellschaftsformen besteht auch hier die Gefahr, daß ein oder einige besonders „geschäftsgewandte“ Gesellschafter die übrigen schädigen. Diese Gefahr erwächst um so mehr, als die Kapitalkraft des Einzelnen gering ist — seine Haftbarkeit den Gläubigern gegenüber also durch seinen Vermögensstand tatsächlich beschränkt ist — denn wo nichts ist, hat der Kaiser das Recht verloren. Die mangelnde Dispositionsfähigkeit, die Unmöglichkeit in gegebenen Fällen rasch zu handeln, tritt zwar bei der offenen Handelsgesellschaft nicht so in die Erscheinung wie etwa bei der Aktiengesellschaft, ist aber bis zu einem gewissen Grade doch vorhanden. Verschiedene Meinungen der zur Geschäftsführung berechtigten Gesellschafter können ein rentables Geschäft, das einen raschen Entschluß bedingt, unmöglich machen. Die erschwerte Dispositionsmöglichkeit macht sich insbesondere auch dann bemerkbar, wenn veränderte wirtschaftliche Verhältnisse eine Umwandlung des etwaigen Produktionsprozesses oder die Angleberung weiterer erfordert. Was die Kapitalbeschaffung betrifft, so ist es nicht möglich, die Vorteile, die etwa eine Aktiengesellschaft in dieser Richtung bietet, auch der offenen Handelsgesellschaft zukommen lassen. Denn wegen der Unmöglichkeit, eine größere Anzahl von Personen als Gesellschafter aufzunehmen, sind selbstverständlich auch der Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung gewisse nicht allzu weite Grenzen gestellt.

Von der offenen Handelsgesellschaft unterscheidet sich die stille Gesellschaft sehr wesentlich. Als „stiller Gesellschafter“ gilt der, welcher sich mit einer Vermögensanlage an dem Handelsgewerbe (im oben angegebenen Sinn) eines andern beteiligt, so daß diese Anlage völlig in das Eigentum des anderen übergeht. Damit ist eigentlich das Verhältnis zwischen dem stillen Gesellschafter und dem Eigentümer der Unternehmung bestimmt — es kommt im wesentlichen dem des Gläubigers gegenüber dem Schuldner gleich. Daraus ergibt sich, daß dem stillen Gesellschafter in keiner Weise ein Einfluß auf die Geschäftsführung zukommt. Am Gewinne nimmt er in dem Maße teil, das im Gesellschaftsvertrag bestimmt ist. Seine Stellung gegenüber den Gläubigern des Unternehmens ist eine wesentlich andere, als die des Gesellschafters der offenen Handelsgesellschaft. Sankt dieser unbeschränkt, so der stille Gesellschafter nur in der Höhe seiner bereits einbezogenen oder einzuzahlenden Einlage — also beschränkt. Da der stille Gesellschafter ganz außerhalb des Geschäftes steht, wird der Firmeneinhaber aus den abgeschlossenen Geschäften allein verpflichtet und berechtigt. Die Rechte des Gesellschafters sind überhaupt sehr beschränkt — er kann lediglich die abschriftliche Mitteilung der jährlichen Bilanz verlangen und ihre Richtigkeit unter Einsicht der Bücher und Papiere nachprüfen. Im übrigen aber steht ihm das Recht der Einsichtnahme der Bücher nicht zu. Wie aus dem Gesagten sich ergibt, ist das Verhältnis zwischen dem stillen Gesellschafter und dem Unternehmern ein ziemlich loses. Daraus ergeben sich die wirtschaftlichen Vorteile und Nachteile. Der Komplementär oder der Firmeneinhaber kann durch Aufnahme eines Gesellschafters sein Kapital vergrößern, dadurch ev. seinen Betrieb ausdehnen oder ihm andere Produktionszweige angliedern. Während in der offenen Handelsgesellschaft dem Gesellschafter ein weitgehender Einfluß eingeräumt ist und dadurch die Dispositionsfähigkeit stark besengt ist, verhält sich das bei der stillen Gesellschaft anders. Der Leiter des Unternehmens kann ohne jede Beschränkung durch den Gesellschafter die ihm gut scheinenden Geschäfte lassen und durchführen. Ein weiterer Vorzug der stillen Gesellschaft besteht in der Möglichkeit der Teilnahme am Geschäftsleben durch Dritte, die sonst durch ihre Stellung davon ausgeschlossen sind — dem Beamten wie überhaupt jedem, der schon einen anderen Beruf hat, wird es ermöglicht, gegen Eingabe von Kapital am Geschäftsgewinn teilzunehmen. Bei Todesfällen, in denen der Gesellschafter mehrere Erben hinterläßt, ist die Gründung einer stillen Gesellschaft keine Seltenheit.

Die größten Vorteile sind unstreitig, wie aus dieser kurzen Aufzählung schon hervorgeht, auf Seiten des Geschäftsinhabers — einen großen Nachteil hat die stille Gesellschaft aber für den Gesellschafter — er ist vollständig dem guten Willen des ersteren preisgegeben, da er selbst keinen Einfluß auf die Geschäftsführung hat, die Einsicht der Bücher zu jeder

Am 19. Dezember 1912 stand in der Sache vor dem Schöffengericht Duisburg zum ersten Male Termin an. Genosse Hoffmeister holte sich hier keine Lorbeeren. Sein Urteil rief gar die „Deutsche Arbeiterzeitung“ zum Kronzeugen auf, daß das „Metallarbeiterbüro“ die Vorgänge in Menden in der sozialdemokratischen Presse richtig geschildert habe, demgegenüber weisen wir auf die Tatsache hin, daß die unwahre Darstellung viel früher in der sozialdemokratischen Presse gestanden habe. Wenn die Schärferpresse diese Unwahrheiten aus der sozialdemokratischen Presse entnahm, so doch nur deshalb, weil sie geeignet seien, die Position der im Lohnkampfe stehenden Mendenener Arbeiter zu erschweren.

Genosse Hoffmeister gebärdete sich darauf als schwer belästigter Ehrenmann. Der ihm in dem Artikel in den Mund gelegte Satz, er werde seine Mitglieder anweisen, Streikbrecherdienste zu leisten, sei für einen Gewerkschaftsbeamten die schwerste Beleidigung. Wenn ihm nachgewiesen würde, daß er den Ausschluß getan, könne ihn sein Verbandsvorstand keinen Tag mehr auf seiner Stelle belassen. So was sei ungeheuerlich... — „also nach Ihrer Ansicht wirklich eine „Schurkerei“, wie es in dem Artikel heißt,“ erging die Gerichtsvorsitzende, was Hoffmeister bejahte.

Damit hatte Genosse Hoffmeister eigentlich schon das Urteil über sich selbst gesprochen. Unser Redakteur benannte dem Gericht die Zeugen, die unter ihrem Eide die in dem Artikel behaupteten Tatsachen bekunden könnten. Darauf wurde die Verhandlung vertagt.

In der Erwartung der kommenden Dinge präsentierten uns die Post nun am 29. Januar folgenden Gerichtsbeschlusses: 12 B. 233/12.

**Beschluß!**

In der Privatklage des Gewerkschaftssekretärs P. Hoffmeister zu Hesel, Hohlweg 20, Privatkläger, vertreten durch den Rechtsanwält Dr. David zu Hagen Westf. gegen den Redakteur des Deutschen Metallarbeiter Friedrich Kraus in Duisburg, Beschuldigten, wird das Verfahren, nachdem der Privatkläger die Klage zurückgenommen hat, auf dessen Kosten eingestellt.

Duisburg, den 24. Januar 1913.

Königliches Amtsgericht. (Stempel u. Unterschrift.)

Also, Genosse Hoffmeister, der L. Bevollmächtigte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Hesel, dokumentiert durch die Zurücknahme der Klage, daß die in unserem Artikel behaupteten Tatsachen der Wahrheit entsprechen. Wenn wir hochachtbar wären, könnten wir nun die Frage aufwerfen, ob ihn sein Verband auf seiner Stelle belassen wird. Doch wir begnügen uns mit der Feststellung, daß durch die Zurücknahme der Klage die mehr als zweifelhafte Rolle, die der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in Menden gespielt hat, aufs neue wieder einmal grell beleuchtet wird.

**Ein Nationalverband der christlichen Metallarbeiter Belgiens.**

Wie wir schon wiederholt berichten konnten, macht die christliche Gewerkschaftsbewegung in Belgien erfreuliche Fortschritte. Die Organisationsform der belgischen Kollegen hatte jedoch auch ihre schwache Seite, die Gesamtbewegung setzte sich nämlich aus einer großen Zahl kleiner Bezirks- und Lokalverbänden zusammen und ihre Stabilität konnte unter diesen Umständen naturgemäß nicht voll zur Geltung kommen. In Erkenntnis dessen haben sich denn auch die führenden Kollegen seit Jahren unablässig bemüht, die Schwierigkeiten, die einer Zusammenfassung der einzelnen Gruppen zu zentralen Berufs- bzw. Industrieverbänden im Wege standen auszuräumen. Diese Bemühungen sind jetzt, soweit die belgischen christlichen Metallarbeiter in Frage kommen, von Erfolg gekrönt worden. Zu dem am 26. Januar erfolgten Gründung des „Nationalverbandes christlicher Metallarbeiter Belgiens“ wird uns von den belgischen Kollegen geschrieben:

„Am 26. Januar fand in Brüssel ein außerordentlicher Kongress der christlichen Metallarbeiter für das ganze Land statt. 80 Delegierte vertraten dort 43 Bezirks- und Lokalvereinigungen.

Auf Grund der Beschlüsse der Züricher internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer vom August 1908 und bei dem Februar 1912 in Brüssel auf Anregung der Kollegen Wieber und Stegerwald abgehaltenen Metallarbeiterkonferenz haben die christlichen Metallarbeiter Belgiens sich für das Prinzip der Zentralisation ausgesprochen.

Sie haben eine einzige Organisation für alle Arbeiter der Metallindustrie gegründet.

Nach ausführlicher Beratung der besonderen Kommission, die auf dem christlichen Gewerkschaftskongress von Mecheln zur Einleitung von Verhandlungen mit den verschiedenen Lokalorganisationen eingesetzt wurde, nahmen die Delegierten die neue Verbandsgestaltung an. Diese beruht auf der Anerkennung folgender vier Grundsätze:

1. Einheitliche Verwaltung.
2. Nationale Widerstandskasse für Streiks, Gesamtspekulations- und Unterstützung.
3. Einheitliche Verbandsorgane.
4. Bezirksklassen zur Unterstützung unverschuldeter Arbeitslosigkeit. Diese Regelung hängt mit der Einrichtung der von den Gemeinden und Provinzen in Belgien unterhaltenen Arbeitslosenfürsorge zusammen.)

Der neue Verband ist dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Belgiens angeschlossen. Es wurde ein Komitee von sechs Mitgliedern eingesetzt, welches berufen ist, den neuen Verband mit der Unterstützung einer Kommission aus den in der Organisation tätigen Funktionären zu leiten. Die Versammlung hat dann ferner noch über die Haltung beraten, welche gegenüber dem Terrorismus der Sozialisten einzunehmen ist. Sodann wurde eine Solidaritätsklärung zugunsten der 4000 angepöbelten christlichen Textilarbeiter von Roubaix angenommen.

Die ganzen Verhandlungen waren von der größten Einigkeit zwischen Flamen und Walionen getragen. Darin liegt eine Bürgschaft für die Zukunft. Wir hoffen, daß weitere deutschen Kollegen mit uns zufrieden sein werden.“

Wir begrüßwünschen die belgischen Kollegen zu diesem entscheidenden Schritt nach vorwärts und wünschen ihren Arbeiten auch für die Zukunft vollen Erfolg.

**Nachlässe zur Bewegung der Saarbergarbeiter.**

In der sozialdemokratischen Presse außerhalb des Saarreviers wird die seit Wochen gegen den Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter betriebene Heze jetzt damit verknüpft, daß von großen Erfolgen der sozialdemokratischen Richtung

im Saargebiet berichtet wird; natürlich auf Kosten des christlichen Gewerbevereins, sonst wäre der Triumph ja nicht vollständiger. Die Blätter der Berliner Fachabteilungen haben diese Meldungen der sozialdemokratischen Presse geflüstertlich — mit den nötigen Randglossen versehen — weiter verbreitet. Man merkt die Absicht, ohne verknüpft zu werden, weil man es von der Berliner Richtung nicht anders gewohnt ist.

Die Berichte von angeblichen, rapiden sozialdemokratischen Fortschritten im Saargebiet sind aber nichts weiter wie breite Vorpiegelungen falscher Tatsachen. Gewisse haben die sozialdemokratischen Heber tramschafte Anstrengungen gemacht, um endlich einen großen Fischfang im Saargebiet zu machen, aber das Resultat ist geradezu lässlich. Wo nicht die christlichen Gewerbevereine in den von sozialdemokratischer Seite einberufenen Versammlungen erschienen, waren letztere eben besucht, manche konnten wegen mangelnder Teilnehmerzahl gar nicht abgehalten werden. Bei einer am 9. Januar getätigten Sicherheitsmännerwahl in Büttingen wurde der Kandidat des christlichen Gewerbevereins mit großer Mehrheit gewählt; auf Grube Hensel erhielt der Gewerbevereinskandidat von 49 abgegebenen Stimmen allein 44. Das Resultat dieser Nachwahlen zeigt, daß die Saarbergarbeiter nach wie vor dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter ihr Vertrauen entgegenbringen. Der durch die letzte Bewegung erzielte Erfolg liegt auch so offensichtlich zu Tage, daß er nur durch Krümmung der Wahrheit hinweg geleugnet werden kann. Im Saargebiet selbst herrscht im sozialdemokratischen Lager große Enttäuschung über den Ausgang der Bewegung und über den Mißerfolg des roten Fischzuges, außerdem aber stürzt die sozialdemokratische Presse von großen Erfolgen, die erfreulicherweise aber nur der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter zu verzeichnen hat.

**Tariffbewegung im Schneidergewerbe.**

Am 1. Dezember vorigen Jahres kündigten die Hilfsgenossenschaften im Schneidergewerbe für 50 Orte die Tarifverträge und reichten gleichzeitig neue Forderungen ein. Da die Arbeitgeber in Bezug auf die Lohnfrage zum Teil gar keine, zur Teil nur äußerst minimale Zugeständnisse machten, haben die vertragsmäßig vorgesehenen örtlichen Verhandlungen zu keiner Verständigung geführt. Nunmehr treten am 10. Februar in Dresden die Hauptvorstände der vertragsschließenden Parteien unter dem Vorsitz eines unparteiischen Kollegiums zu einem Schlichtungsversuch zusammen. In der diesjährigen Bewegung ist der christliche Schneiderverband an 23 Orten beteiligt und wird dementsprechend an den Verhandlungen teilnehmen.

**Ein sozialdemokratischer Großindustrieller wies sozialdemokratische Metallarbeiter aufs Maul!**

Bei der Firma Robert Bosch in Stuttgart sind durch die Entlassung von 8 Arbeitern, unter denen sich ein Vertreter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes befand, Differenzen ausgebrochen. Dieses Werk beschäftigt 600 Arbeiter und soll das größte industrielle Werk Württembergs sein.

„Dieser Vorgang“, so lesen wir in der „Magdeburger Zeitung“ vom 27. Januar, „ist dem Grunde nach besonders bedauerlich, weil der Inhaber der Firma im ganzen Lande als ein radikaler Sozialist bekannt ist, in dessen Hause auch Größen der sozialdemokratischen Partei, wie Clara Zetkin, aus- und eingingen. Seiner politischen Auffassung entsprechend, hatte er in seinem Betriebe eine große Anzahl von den parteipolitischen Forderungen der Sozialdemokratie bereits aus eigenem Antriebe erfüllt. So ist dort der achtstündige Arbeitstag und der 1. Mai als Feiertag längst eingeführt.“

Im Betriebe dieses sozialdemokratischen Großindustriellen muß aber sehr viel zu wünschen übrig bleiben. In einer vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband einberufenen Versammlung wurde in der Diskussion, nach dem „Deutschen Volkblatt“ (Nr. 20/1913) gefragt:

„Reibereien seien an der Tagesordnung, seitdem der (jüd.) Metallarbeiterverband bei der Gewerbeinspektion Beschwerden gegen die Firma wegen schlechter sanitärer Einrichtungen in Feuerbach erhoben habe. Ein Teil der Arbeiter habe immer noch geglaubt, daß der scharfe Wind, der seit einigen Wochen durch den Betrieb wehe, ohne Wissen und Willen des Firmeninhabers sei, deshalb wurde die Verbandsleitung beauftragt, mit Bosch persönlich zu verhandeln. Dieser aber zeigte sich von allem wohl unterrichtet und behauptete nicht die geringste Neigung, einen anderen Standpunkt einzunehmen, als seine Vertreter.“

Ob das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, welches mit kindlicher Freude bei jeder wackelnden und unpassenden Gelegenheit seiner kammenden Gemeinde vorbestimmte, in Menden hätten auch die katholischen Unternehmer ihre Arbeiter ausgesperrt, seinen Genossen im Lande nun auch erzählt, daß der maßregelnde Stuttgarter Großindustrielle ein wackelnder Genosse ist? — Wir werden ja sehen.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

**Werböhl.** Die Firma Gebr. Honsel in Eseling ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

**Menden.** Bei der Firma Schmölle & Co. stehen unsere Kollegen im Streit. Sämtliche organisierten Metallarbeiter in den dem Arbeitgeberverband Menden angegeschlossenen Betrieben sind ausgesperrt. Jeder Zugang nach dem Mendener Industriegebiet ist strengstens fernzuhalten.

**Dortmund-Schwerte.** Die Abteilung Drahtzug der Maschinenindustrie ist zwecks Vereinarbeitung von Maschinen gesperrt.

**Düsseldorf.** Ueber die Gießerei der Firma Schiel wurde wegen Alfordifferenzen die Sperre verhängt.

**Genue.** Die Firma Velen hat mit Ausnahme von einigen älteren Leuten sämtliche Former und Gießereiarbeiter gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zugang ist fernzuhalten.

**Bekanntmachung.**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 9. Februar der siebente Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. Februar 1913 fällig.

Die Verwaltungsstelle Fürth i. V. erhält die Genehmigung z. Erhebung eines wöchentlichen Sozialbeitrages von 20 Pfg. für erwachsene männliche und 10 Pfg. für weibliche und jugendliche Mitglieder ab 5. Beitragswoche 1913. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat den Verlust statistischer Rechte zur Folge.

Von folgenden Ortsgruppen fehlt noch Geld und Abrechnung vom 4. Quartal: Augsburg, Bonn, Brandenburg, Braunschweig, Birkfeld, Chemnitz, Köln, Delmenhorst, Dessau, Dresden, Düren, Darmstadt, Eisenach, Esslingen, Eupen, Hildesheim, Jülich, Freiburg, Franenthal, Gaggenau, Glogau, Görlitz, Göttingen, Großauheim, Hannover, Hameln, Heidenheim, Heilbronn, Neuwied, Jüngerndorf, Rattovitz, Rempten, Reinsberg, Landau, Sandshut, Veer, Vinbau, Vörrath, Markkirch, Menden, München, Neustadt a. Hardt, Oberursel, Pegnitz, Plauen, Rheine, Rheinfelden, Sinsheim, Stolberg, Stromberg, Theresienhütte, Trierberg, Waisenau, Wiesbaden, Wolfenbüttel, Worms, Zellheim, Hörterl.

Die große Zahl rückständiger Abrechnungen zeigt, daß in diesen Verwaltungsstellen auf eine pünktliche Abrechnung nicht genügend Wert gelegt wird. Wir ersuchen die zuständigen Bezirksleiter und Ortsvorstände nunmehr die sofortige Einleitung der Abrechnung zu veranlassen.

**Mannheim.** Das Mitgliedsbuch Nr. 172 420, ausgefüllt auf den Namen Oskar Kleinhaus, ist verloren gegangen und wird hiermit für unglücklich erklärt.

**Aus dem Verbandsgebiet.**

Duisburg-Ortsverwaltung. Unter zahlreicher Beteiligung fand am Sonntag, den 19. Januar, unsere Jahresgeneralversammlung statt. Anwesend war auch unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber. Der alte Vorkämpfer unseres Verbandes in Duisburg, Kollege Reher, leitete die Versammlung. Der Jahresbericht wurde von den Kollegen Burgard und Bischof erstattet.

Die Konjunktur in der Metallindustrie hatte eine feste Befestigung zu verzeichnen. Das geht aus der gesteigerten Rohstoffsproduktion, aus den Verkaufspreisen des Stahlwerkverbandes und der Ein- und Ausfuhr der Metallwarenzeugnisse hervor. In der Stadt Duisburg waren im Jahresdurchschnitt in der Metall- und chemischen Industrie gegen das Jahr 1911 2410 Arbeiter mehr beschäftigt. Auf dem städtischen Arbeitsnachweis haben sich gegen das Vorjahr im Monat 48 Arbeitslose weniger gemeldet. Eine ganze Reihe Neuanlagen und Betriebsveränderungen sind in der hiesigen Metallindustrie zu verzeichnen. Die Unternehmer haben die gesteigerte Nachfrage zu Preissteigerungen benutzt. Ihre Gewinne sind deshalb auch bedeutend gestiegen. Im Jahre 1911 haben von 21 Aktiengesellschaften der Metallindustrie, die im Bereich unserer Verwaltungsstelle einen Betrieb haben, 20 Dividende verteilt. Auf Grund der höheren Produktionsziffern und der gesteigerten Preise kann als sicher angenommen werden, daß die Geschäftsergebnisse für das vergangene Jahr noch bedeutend günstigere Ergebnisse aufweisen werden. Eine ganze Reihe Unternehmungen haben in der Tagespresse erklärt, daß im vergangenen Jahre bedeutend höhere Ueberschüsse erzielt worden sind wie im Jahre 1911.

Die Lage der Metallarbeiter hat sich nicht in dem Maße gehoben, wie es wünschenswert und möglich gewesen wäre. Wohl haben wir im hiesigen Bezirk mit die höchsten Löhne von ganz Deutschland. Die Lohnsteigerung der Hütten- und Stahlwerkarbeiter hat aber in den letzten Jahren mit der Verteuerung der Lebenshaltung nicht gleichen Schritt gehalten. Die Arbeiter der Maschinenindustrie haben günstiger abgefunden. Die Hüttenarbeiter haben die ungenügende Lohnsteigerung ihrem Indifferenzismus zu verdanken. Die Arbeitszeit hat in den letzten Jahren keine Verkürzung erfahren. Die Bundesratsverordnung wird in den meisten Betrieben nicht beachtet. Die täglichen Rausen betragen statt zwei Stunden vielfach nur 30 bis 60 Minuten. Nur eine starke Organisation kann diesen Umständen begegnen. Die Unfallsziffern sind im hiesigen Bezirk erschreckend hoch. Auf 1000ollarbeiter der Grobmaschinenindustrie kamen im Jahre 1911 208 gemeldete Unfälle.

Da noch zehntausende Arbeiter der Organisation fernstehen, wurde der Agitation große Aufmerksamkeit geschenkt. Es wurden 14 öffentliche und 230 Werkstattversammlungen abgehalten. Außerdem fanden 28 Mitgliederversammlungen und 98 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen statt. Jedes Quartal wurde für die gesamte Ortsverwaltung eine Generalversammlung abgehalten. In fast sämtlichen Versammlungen war ein Sekretär der Verwaltungsstelle anwesend. Da aus den Reihen unserer Kollegen im Arbeitsverhältnis sich nur sehr wenige für Vorträge zur Verfügung stellen, muß im Interesse unserer Bewegung mit Nachdruck gefordert werden, daß sich in Zukunft mehr Mitglieder rednerisch betätigen. Drei Ortsgruppen: Obermeyerich, Buchholz und Hückingen wurden neu gegründet. Die Ortsgruppe Herdingen wurde an die Verwaltungsstelle Krefeld abgegeben. Fast 200 000 Flugblätter und Handzettel kamen zur Verteilung. Davon wurden 88 000 von der Zentrale bezogen und 112 000 von der Ortsverwaltung verlegt. 25 700 Handzettel und Zirkulare sind auf dem Büro vervielfältigt worden. Zur Flugblattverteilung stellten sich nicht genügend Kollegen zur Verfügung. Jede Jahrsliste muß sofort dazu übergehen und eine Kolonne für Flugblattverteilung schaffen. Das gehört zur Schlagfertigkeit der Organisation.

In die Presse wurden 42 Artikel verandt. Das „Echo vom Rheinhain“ war die einzige Zeitung, die uns in allen Situationen tren zur Seite gestanden hat. Drei Tageszeitungen wurden wöchentlich der Verammlungskalender zugefleht. Die Hausagitation wurde mit Nachdruck betrieben. Durch dieselbe wurden 363 neue Mitglieder gewonnen.

Um den Mitgliedern ein gutes Beispiel zu geben, und sich von dem Anisationsleiter der Rablsteilen zu überzeugen,

haben die Beamten der Ortsverwaltung an allen Sonntagen, an denen Hauptagitatorien betrieben wurde, dabei mitgewirkt. Bei der großen Zahl von Sektionen war es aber nicht möglich, den Wünschen aller Zahlstellen entgegen zu kommen. Jedes Mitglied muß es als seine Pflicht ansehen, an der Hausagitation teilzunehmen. Entsprechend der angewandten Methode war auch der Erfolg unserer Agitation ein befriedigender. Die Gesamtzahl der Neuaufnahmen und Uebertritte aus anderen Organisationen beträgt 1011. Die Fluktuation ist sehr erheblich. In allen angeschlossenen Zahlstellen muß der Gehalt der gewonnenen Mitglieder bedeutend mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Einnahmen aus Beiträgen betragen über 86 000 Mark. An Unterstützungen wurden 9 700 Mark ausgezahlt. Die Beitragsleistung war nur im 4. Quartal befriedigend. Keine Zahlstelle darf in Zukunft weniger wie 12 Mark pro Mitglied und Quartal haben. Von der Geschäftsstelle wurden 5917 Briefe, Karten und Drucksachen versandt.

Für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse war der Verband auch im Berichtsjahre mit Erfolg tätig. Einige Bewegungen wollen wir an dieser Stelle nennen. Auf der U.-G. für Hüttenbetrieb trat der Verband für Erhöhung der Löhne, Reform des Brämiens- und Strafwesens, Zurücknahme von Maßregelungen, Verbesserung der sanitären Verhältnisse und eine humane Behandlung der Arbeiter ein. Für die Dycker der Hauptwerkstatt der G. D. R. Schacht 1 wurde eine Lohnhöhung durchgesetzt. Bei der Firma Wang u. Sohn ist ein Vertrag abgeschlossen worden, der eine Lohnaufbesserung enthält. Auf der Deutschen Maschinenfabrik wurde ein Vorstoß unternommen zur Verkürzung der Arbeitszeit, Einführung von Zuschlägen für Überstunden und Erhöhung der niedrigen Löhne. Für die Installateure des städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes wurde eine Gleichstellung der Löhne mit denen der Privatbetriebe angestrebt. Bei der Firma Nahr wurde zur Beseitigung der Alfordreduzierungen und Zurücknahme von Maßregelungen ein Streik geführt. Auf der Nieberheinschen Salze, Mt. Formel, mußte eine Bewegung zur Beseitigung der Überarbeit und von Mißständen eingeleitet werden. Die zahlreichen Mißstände und mangelhaften sanitären Einrichtungen der Sahnischen Werke machten ein Eingreifen des Verbandes notwendig. Für die Arbeiter der Firma Hedmann strebte der Verband Ferien an. Auf der Kupferhütte, Mt. Raffinerie, trat der Verband für eine Erhöhung der Löhne ein. Die meisten Bewegungen endigten mit einem teilweisen, einige mit einem vollen Erfolg. Neben vielen sanitären Verbesserungen, Beseitigung von Mißständen wurden beachtenswerte Lohnverbesserungen erreicht.

In der Diskussion wurde der Arbeit des Vorstandes Anerkennung gezollt. Eine längere Debatte entspann sich über Presseverhältnisse. Allgemein wurde betont, daß nur dann gesunde Zeitungsverhältnisse geschaffen werden können, wenn die bisher geübte Rücksichtnahme fallen gelassen wird. Obwohl der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften die Zahlstellen angewiesen hat, Festlichkeiten einzuschränken, glaubt eine Ortsgruppe unserer Verwaltungsstelle, sich darüber hinwegsetzen zu können. Um dieser Disziplinlosigkeit einen Riegel vorzuschieben wurde ein Antrag angenommen, wonach in Zukunft ohne Zustimmung des Vorstandes der Ortsverwaltung keine Zahlstelle ein Fest abhalten darf. Grundätzlich muß daran festgehalten werden, daß jedes Jahr nur das Ortsfest eine Festlichkeit abhalten soll. Die Vergnügungsjucht ist an sich schon groß genug. Wir brauchen derselben nicht auch noch Vorstoß zu leisten. Die Erfahrung hat auch gelehrt, daß solche Ortsgruppen, die zu viel Wert auf Festlichkeiten gelegt haben, die Agitation ganz vergaßen.

Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes, mit Ausnahme eines Mitgliedes, dessen Wegzug eine Ersatzwahl notwendig machte. Mit dem Wunsche, daß das Jahr 1913 noch größere Erfolge bringen möge wie das verfloßene Jahr, damit auf der nächsten Jahresgeneralversammlung eine Mitgliederzahl von 2000 gemustert werden könne, wurde die einmütig verlaufene Versammlung geschlossen.

Duisburger Kollegen! Unsere Jahresgeneralversammlung muß der Ausgangspunkt eines neuen kraftvollen Aufschwungs unserer Verwaltungsstelle sein. Die letzten Jahre haben bewiesen, daß durch die Kleinarbeit die günzlichsten Resultate erzielt werden können. In allen Zahlstellen unserer Verwaltungsstelle wird in den nächsten Wochen die Hausagitation durchgeführt werden. Die Resultate derselben werden im Verbandsorgan veröffentlicht. Jeder Kollege muß es als seine Pflicht ansehen, bei der Hausagitation mitzuwirken. Kollegen, greift mit voller Kraft in das Organisationsgetriebe ein, dann wird uns das laufende Jahr unseren Zielen einen Schritt näher bringen.

Roß bei Nürnberg. Unsere Verwaltungsstelle hatte für Samstag, den 18. Januar ihre Generalversammlung anberaumt, die sich eines ganz guten Besuches erfreute, trotzdem in gegenwärtiger Zeit die Vergnügungsjucht in unserm Städtchen den ersten Platz einnimmt. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer kernigen Ansprache und erstattete den Jahresbericht. Im vorigen Jahre wurden 10 Versammlungen abgehalten, die durchschnittlich von 2/3 unserer Mitglieder besucht waren; in jeder Versammlung wurde Sorge getragen für gediegene Referate zur Hebung der gewerkschaftlichen Schulung. Trotzdem wir in Roß eine kleine Verwaltungsstelle sind, die erst einige Jahre besteht, und es in unserer Gegend schwer ist, mit der Agitation das Ziel zu erreichen, was wo anders leichter erreicht werden kann, arbeiten wir unermüdet weiter, wenn auch die roten Metallarbeiter hier mit Mitteln arbeiten die ihnen anderwärts nicht in dem Maße möglich sind. Wir haben aber trotz dieses Hindernisses, daß uns in den Weg gelegt wird, Jahr aus, Jahr ein tauffeste Kollegen in unserer Reihe, die es auch in der Deutschnacht verstehen, den Gegnern keine Antwort schuldig zu bleiben. Was das Kassenwesen anbetrifft, können wir feststellen, daß über 900 Mark vereinnahmt und die Summe von über 500 Mark an die Zentrale abgebannt werden konnte, es wurde da gewiß sowohl den Kollegen wie der Zentrale Rechnung getragen.

Die Neuwahl ging sehr ruhig von statten und ergab folgenden Resultat: Vorsitzender Hans Baumann, Kassierer, Rudolph, Schriftführer Otto Schielein, Revisoren Simon Baumann und Alois Parzefall, Vertrauensmänner Ludwig Straßberger und Johann Müller.

Der Vorsitzende dankte zu allen Kollegen für die Annahme der Wahl und forderte sie auf, daß auch ein jeder in diesen Jahre bestrebt sein möchte, für unsere Sache zu arbeiten, so daß, wenn wir dann am Schluß des Jahres 1913 unser Mitgliederverzeichnis anschlagen, sich die Zahl mindestens verdoppelt habe. Das sei ein Wort Kollegen, darum: ans Werk!

Mittelmehrheit. Unsere diesjährige Generalversammlung stand im Zeichen des bedeutenden Aufschwunges, den wir im 4. Quartal des verfloßenen Jahres verzeichnen konnten. Der Vorsitzende Kollege Genbricks erstattete den Jahresbericht. Nach einem allgemeinen Situationsbericht, ging der Redner auf die Tätigkeit und Entwicklung der Ortsgruppe ein. Die Zahl der Neuaufnahmen beträgt 148. Den größten Anteil an den Aufnahmen hat das 4. Quartal. Dank einer planmäßigen und energischen Hausagitation wurden im letzten Vierteljahr des Berichtsjahres 88 Mitglieder für den Verband gewonnen. Der Agitation unter den jugendlichen Metallarbeitern wurde die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Die Zahl der jugendlichen Mitglieder beträgt zur Zeit 50. Im 1. Quartal erhöhte sich im Stabteil Obermeiderich die Mitgliedschaft so stark, daß dieselbe die Gründung einer Ortsgruppe notwendig wurde.

Mit dem Wachstum der Ortsgruppe besserten sich auch die Kassenverhältnisse. Im 4. Quartal betrug die durchschnittliche Beitragsleistung pro Mitglied 13 Mark. Wäre in den ersten drei Quartalen von alten Mitgliedern mit der gleichen Ausdauer wie im 4. Quartal gearbeitet worden, dann würde die Ortsgruppe heute zu den größten in der Verwaltungsstelle Duisburg zählen. Jeden Monat wurde eine Mitgliederversammlung abgehalten, in der ein belehrender Vortrag gehalten wurde. Die Mitgliederversammlungen waren sehr ungleichmäßig besucht. Ein Krebsübel ist das späte Erscheinen der Mitglieder. In Zukunft werden die Versammlungen ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden pünktlich eröffnet werden. Mit einem Ausblick auf das laufende Jahr schloß der Redner den Bericht. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder, mit Ausnahme derjenigen, deren Wegzug eine Ersatzwahl bedingte. Die Versammlung beschloß auch im 1. Quartal eine Hausagitation durchzuführen. Unter Punkt Verschiedenes wurde das Gebahren der Gelben besprochen. Am Ort besteht noch kein gelber Werkverein. Die massenhafte Zuzugung des gelben Organs und sonstiger Klammschriften, lassen die baldige Gründung gelber Werkvereine seitens der hiesigen Firmen vermuten. Sogleich lassen sich die Mitglieder Metallarbeiter nicht zu ihrem eigenen Schaden von den gelben Drahtziehern mitführen. Im Schlußwort forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, im laufenden Jahre alle Kräfte für die Stärkung der Organisation einzusetzen. Fast ein ganzes Jahr steht noch für die Werbarkeit zur Verfügung. Die christlichen Metallarbeiter müssen die Periode der Hochkonjunktur für eine durchgreifende Agitation benutzen, dann wird auch das Jahr 1913 wieder bedeutende Erfolge bringen.

Nürnberg. Das Jahr 1912 war für uns in Nürnberg ein Jahr reger gewerkschaftlicher Kleinarbeit. Zwar ist der Fortschritt nicht wie im Jahre 1911, wo wir ein Mehr von 260 Kollegen zu verzeichnen hatten, da die wirtschaftlichen Verhältnisse 1912 in Nürnberg ziemlich ungünstig gelagert waren. Trafen doch auf 100 offene Arbeitsstellen 171,2 Arbeitsgesuche. Unter diesen Umständen mußte die ganze Kraft eingeseht werden, um das im Jahre 1911 Erreungene zu halten. Wenn es trotzdem vorwärts ging, dann nur durch eine intensive Kleinarbeit. Deutlich kam dies in der am 18. Januar abgehaltenen Generalversammlung zum Ausdruck.

Dem Jahresbericht, vom Kollegen Konrad erstattet, entnehmen wir folgendes: Das Jahr 1912 war für die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung ein Jahr des Kampfes. Die wirtschaftlichen Kämpfe traten in den Vordergrund gegenüber der politischen. Gleich zu Anfang des Jahres tobten die politischen Kämpfe und erregten die Leidenschaften auf das Höchste. Diese Gelegenheit konnte natürlich die sozialdemokratische Tages- und Gewerkschaftspresse nicht vorübergehen lassen, ohne ihr altes Stedchen zu reizen. Weinahe täglich wurden die christlichen Gewerkschaften als dem sicheren Tode geweiht bezeichnet und ihnen ein sicheres „häßliches Verbot“ in Aussicht gestellt. Als dieses nach den Wahlen nicht eintraf, bezeichnete man die christlichen Gewerkschaften als Unternehmerruppen und stellte sie mit den Gelben auf eine Stufe. Und das alles deshalb, weil sich die christlichen Gewerkschaften ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit bewahrt und den roten ihre Dummheiten nicht nachmachen. Im Mai konnte man gelegentlich auch anders schreiben und von hohen Streikausgaben der Christlichen reden. „Man“ weiß eben, was man dem roten Publikum alles bieten darf. Die christlichen Gewerkschaften können die Genossen eigentlich gar nicht entbehren; wenn stellen sie sonst als Brügelungen vor, wenn die unzufriedene rote Masse wegen der fortwährenden roten Dummheiten und Hereinsälle gegen die „Führer“ aufbegehrt. Eine oblique Christenhege ist dann der einzige Rettungsanker. Natürlich waren wir nach der roten Presse an der Feuerung schuld. Selbstverständlich hat nach Ansicht der gleichen Leute auch die „häßliche Enghäutigkeit“ die ungeschwollenen sozialdemokratischen Gewerkschaften als die einzig richtigen bezeichnet. Es ist eben nichts so dumm, es findet ein rotes Publikum.

Das verfloßene Jahr hat uns außer einer Anzahl kleineren auch den langwierigen schweren Kampf in Mendon gebracht, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Wir dürfen uns also nicht einschließen lassen. In aller Erinnerung ist auch noch die angebliche Metallarbeitersperrung für Süddeutschland. Größere wirtschaftliche Kämpfe waren in Nürnberg nicht zu verzeichnen. Nicht unerwähnt lassen dürfen wir den Unschönen Kampf bei der bayerischen Celluloidwarenfabrik. Obwohl den Arbeiterinnen Lohnverbesserungen von 1-3 Pfg., den geleerten Arbeitern von 2-6 Pfg. pro Stunde zugesichert waren, nahm der sozialdemokratische Fabrikarbeiterverband den Kampf auf. Gegen Ende der Bewegung gingen nun die in den roten Holz- und Metallarbeiterverbänden organisierten Arbeiter an und wurde dadurch nach einem Berichte der sozialdemokratischen Fränkischen Tagespost die Abrechnung des Kampfes notwendig. Also rotorganisierte Arbeiter fielen ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken. Sozialdemokratische Moral!

Der Kassenbericht wurde vom Kollege Weiglein erstattet. Erstlichermode konnte eine gesunde Kassenverwaltung verzeichnet werden. Zum Beweise dafür lassen wir den Markenverkauf der letzten drei Jahre hier folgen. Es wurden Beitragsmarken verkauft: 1910 17 226, 1911 26 113 und 1912 32 333 Beitragsmarken. Dadurch haben die Nürnberger Kollegen bewiesen, daß es trotz Beitragserhöhung vorwärts geht, wenn nur etwas gearbeitet wird. Am Erwerbslosenunterstützung wurden 1912 allein in Krankheitsfällen 3610,50 Mark, für Arbeitslosigkeit 1382,82 Mark bezahlt. Die Kollegen können daraus erkennen, welche Stütze der Verband den Mitgliedern bietet. Günstig hat sich auch die Volkspartei entwickelt, Ende 1910 hatten wir ein Volkspartei-Vermögen von 1980,53 Mark, dagegen 1912 einen Bestand von 3737,47 Mark. Dabei leisten wir in Nürnberg mit die höchsten Bezirksbeiträge. Die Mitgliederzahl stieg um 64, von 667, auf 731. Der Markenburschmitt betrug 46,2 Mark. In Anbetracht der schwierigen Nürnberger Verhältnisse immerhin ein annehmbarer Fortschritt.

Diese Erfolge haben wir nur der intensiven Kleinarbeit zu verdanken. Durch die Hausagitation konnten allein 181 Kollegen dem Verbands gewonnen werden, trotz der wenigen Mitarbeiter. Den Kollegen auch an dieser Stelle herzlichster Dank für ihre Mitarbeit. Ein Kollege brachte allein im vergangenen Jahre 75 Aufnahmen, ein anderer 13 und im letzten Quartal brachte es ein Kollege auf 22 Aufnahmen. Wenn solche Erfolge in den sogenannten roten Hochburgen von einzelnen Kollegen möglich sind, so ist dies ein neuer Beweis dafür, daß auch da noch Massen für uns zu holen sind. Nun heißt es weiter arbeiten und Mitarbeiter heranziehen. Tut ein jeder seine Pflicht, dann wird unser Wunsch in Erfüllung gehen und das erste Tausend christlicher Metallarbeiter in Nürnberg am Jahresluß 1913 vollständig sein. Darum, auf an die Arbeit!

Dremen. Am 18. Januar fand im Colosseum unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Außerdem wurden 3 Beisitzer neu hinzugewählt. Einstimmig wurde sodann beschlossen, den Beitrag ab 1. Februar von 0,80 auf 0,85 Mark resp. von 1,10 auf 1,15 Mk. zu erhöhen. Unsere Zahlstelle hat am Schluß des Jahres 69 Mitglieder gegen 62 Ende 1911. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Aufforderung, daß im neuen Jahre alle Kollegen sich an der Agitation beteiligen, dann würde es auch gelingen, im Laufe des Jahres das erste Hundert Mitglieder zu überschreiten.

Fischbach (Saar). Veranlaßt durch den letzten Reichstagswahlkampf, der besonders hier an der Saar in aller Schärfe geführt wurde, sowie durch den roten Machtwort im Ruhrgebiet, glaubten manche unserer hiesigen Kollegen ihrer Organisation, dem christl. Metallarbeiterverbande, den Rücken kehren zu müssen. In unbegreiflicher Kurzsichtigkeit haben diese Kollegen sich und ihren Stand gefährdet, zu einem Zeitpunkt, wo die Einigkeit sämtlicher Metallarbeiter an der Saar, besonders aber der Werkstatarbeiter, Maschinenisten und Geiger der säkularistischen Gewerkschaften der Arbeiter war die Ursache, daß unsere berechtigten Wünsche, nicht voll und ganz erfüllt wurden, nicht die Organisation trug die Schuld an den ungenügenden und ungleichen Löhnen und der verschlechterten Arbeitsordnung, sondern einzig und allein gewerkschaftliche Gleichgültigkeit der Arbeiterchaft. Nur durch opferwillige Gewerkschaftsarbeit kann die materielle Lage der Kollegen gebessert, die wirtschaftliche Gleichberechtigung erkauft werden. Dies geht aber nicht von heute auf morgen; jahrelang haben die Kollegen in der Privatindustrie Opfer gebracht im Kampfe gegen ein übermächtiges Kapital und Herrenmenschen, um eine notwendige Lohnverbesserung, kürzere Arbeitszeit, bessere Behandlung usw. zu erzielen. Das ist Idealismus des einfachen Arbeiters, an dem sich unsere Kollegen ein Beispiel nehmen können. Ohne Opfer, ohne Kampf — kein Erfolg!

Eine große Anzahl der Kollegen von Grube Cambaunen haben auch diese einfache Wahrheit erkannt und sind unserem christlichen Metallarbeiterverband als Mitglieder beigetreten in der richtigen Voraussetzung, daß nur hier ihre Interessen zielbewußt vertreten werden. Diese Erkenntnis kann man erst richtig würdigen, wenn man bedenkt, mit welchen schiefen, unehrlichen Mitteln die Organisation noch von verschiedenen sogenannten „Mittelkollegen“ bekämpft wird. Diese Leute wissen ganz gut, daß in dem Momente, wo es gelingt die Einigkeit unter den Kollegen herzustellen, ihre Zeit abgelaufen ist. Lange genug haben sie durch Hausrutschen, durch Denunzieren, durch verbreiten unwahrer Behauptungen über Mittelkollegen versucht, sich unentbehrlich zu machen und Vorteile herauszuschlagen, nur für ihr eigenes Ich, ohne Rücksicht zu nehmen auf den Nebenkameraden, dessen Familie sie, um mit dem Sprichwort zu reden, „das Brot vom Tische fahnen“. Noch jetzt versuchen solche „sauberen“ Elemente die aufrechten Kollegen, die auf gesetzlichen Wege die Lage der Arbeiter verbessern wollen, unmöglich zu machen, die Vorgesetzten gegen sie einzunehmen, um sie womöglich aus der Arbeit zu entfernen. Doch sollen sie auf Granit stehen. Als die Sozialdemokratie ihren letzten Verleumdungsfeldzug gegen den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter an der Saar in Szene setzte, da waren die lautesten Beifallschreier unter diesen „treuen“ Elementen. Schade nur, daß die roten Organisationen auch Beiträge erhalten, dies Hindernis ist den Schwabern zu groß, um beizutreten, trotz ihrer Sinnesverwandtschaft mit den Roten.

Kollegen! Laßt Euch nicht ausinaderreizen von diesen Leuten. Nur krasse Selbstsucht ist das Motiv ihres Kampfes gegen die Organisation. Sie wollen keine Einigkeit. In neuer Uneinigkeit erblicken sie ihren Vorteil. Gebt ihnen die richtige Antwort durch Einigkeit und treues Festhalten an der Organisation. — Euch zum Schutze, dem Gegner und Verleumder zum Trutz!

Stuttgart. Unsere am Samstag, den 18. Januar abgehaltene Jahres-Generalversammlung erfreute sich eines starken Besuches und nahm auch sonst einen guten Verlauf. Ueber die gleich eingangs erfolgte Entlassung eines sozialdemokratischen Spions und die im Anschluß daran erfolgte Beleuchtung der unehrlichen und schändlichen Kampfweise des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes wurde in Nr. 5 unseres Organs schon berichtet. Rote Verbandsmitglieder suchen sich unter Vorpiegelung falscher Tatsachen ein Mitgliedsbuch unseres Verbandes zu erschleichen, um dann die nicht vorhandenen „christlichen Streikbrüche“ zu fabrizieren. Mit welcher abgrundtiefen Verlogenheit die Genossen gegen uns kämpfen, zeigt u. a. auch die zuerst in der „Schwab. Tagwacht“ erschienene und nun durch die ganze rote Presse laufende Beschönigung eines angeblichen christlichen Arbeiters, die, wenn man den vollen Namen statt der Buchstaben A. . . B. . . eingeseht, dem Staatsanwalt Material zum Kapitel Urkundenfälschung liefern würde.

Der vom Vorsitzenden erstattete Tätigkeitsbericht zeigte eine Ansumme von Schwierigkeiten auf, mit denen in der roten Hochburg gerechnet werden muß. Die roten Verbände versuchen hier — unter den Augen der Zentralleitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes — auf alle mögliche Weise uns zu brücken, die einzelnen Mitglieder mit sanften oder greifbaren „Drohungen“ zum Uebertritt in den roten Verband zu zwingen. Kommt eine Bewegung, so sagen die Genossen: „Die Christlichen existieren für uns nicht; sie können machen was sie wollen.“ Tut wir das und gehen unsere eigenen Wege, so zerkert die ganze rote Presse vom „christlichen Arbeiterverband“. Dieses Geplärre greift uns aber nicht mehr an, niemand nimmt es noch ernst. Weistens schimpft man auf uns, um die eigenen Genossen über den Jammer, Gian und Krach im roten Lager hinwegzutäuschen.

Die Mitgliederbewegung zeigte einen Fortschritt. Notwendig ist hier jedoch eine noch größere Betätigt-

Leitern einzelner Verbandskollegen. Aufnahmen waren 187 zu verzeichnen, Uebertritte aus anderen Verbänden 21, Austritte 82. Demgegenüber erstreckte durch Abreisen und Austritte eine große Fluktuation. Letztere einzuklämmen ist eine Hauptaufgabe der einzelnen Vertrauensleute. Es gilt nicht nur zu gewinnen, sondern auch zu erhalten. Jeder Kollege kann hier das Seine tun. Das An- und Abmelden, die Angaben über Wohnungs- und Arbeitsstellenwechsel lassen noch viel zu wünschen übrig. Versammlungen wurden in Stuttgart-Stadt, Cannstatt, Feuerbach, Ludwigsburg und Bienenbach zusammen 65 gehalten; Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen 28, Werkstattversammlungen 10. Die Klassenverhältnisse haben eine Steigerung erfahren. Die Einnahmen der Zentralkasse betrugen 8761,70 Mark, die Ausgaben 2213,40 Mark. An die Zentrale konnten 4548,30 Mark abgeführt werden. Die Lokalkasse verfuhr über eine Gesamteinnahme von 2803,57 M. und eine Ausgabe von 1601,30 Mark. Der Kassenbestand beträgt 1192,27 Mark. Die Vorstandswahlen fanden eine glatte Erledigung. Erfreulicherweise stellten sich auch einige ältere Kollegen zur Mitarbeit im Vorstand wieder zur Verfügung.

Alles wurde betont, daß die verleumbereitsche Attitüde der Genossen, wie auch die allgemeine wirtschaftliche Lage eine intensive Mitarbeit aller Kollegen zur Stärkung unseres Verbandes verlangen. Die großen wirtschaftlichen Kämpfe mit ihren vermehrten finanziellen Anforderungen rechtfertigen vollstän- dig den Beschluß der Dortmunder Verbandsgeneralversammlung. Wir wollen keine Kranken- und Sterbeliste, sondern eine Wirtschaftsorganisation zur Hebung der Lage des Arbeiterstandes sein. Auch im Jahre 1912 schwebte über der sächsischen Metallarbeiter-Kasse das Damoklesschwert der Aushöhlung. Für uns gilt es, aus diesen Bewegungen die Lehren zu ziehen. Für das Kleingewerbe gilt es, die kommenden Tarifbewegungen im Auge zu behalten. Nachstehende Resolution fand jedoch unter lebhaftem Beifall einstimmige Annahme:

„Die Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Groß-Stuttgart, spricht ihre tiefe Entrüstung aus über die schamlose und unwahre Hebe der sozialdemokratischen Presse und Agitatoren gegen den christlichen Metallarbeiterverband. Insbesondere mißbilligt sie diese sozialdemokratischen Machenschaften deshalb, weil dadurch das Ansehen der gesamten Arbeiterschaft und deren Interessen gefährdet wird. Weiter protestiert die Versammlung gegen das — unter stillschweigender Zustimmung der Verbandsinstanzen stattfindende — terroristische Gebahren sozialdemokratischer Verbände, die die Solidarität, Brüderlichkeit und Freiheit des eigenen Klassengenossen gerodet vermögen lassen. Im Hinblick auf diese arbeiterschädigende sozialdemokratische Handlungsweise fordert die Generalversammlung alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf, für die Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands tätig zu sein.“

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband fand sodann die glänzend verlaufene Generalversammlung ihren Abschluß. Nun auf zu frischer Arbeit!

**Bromberg.** Nachdem bereits wieder ein Jahr ins Land gegangen, halten wir es für unsere Pflicht, den Kollegen draußen wieder einmal etwas von dieser Jahreshälfte zu berichten. Am 19. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Richter eröffnete die Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Bericht der Quartalsabrechnung vom 1. Quartal 1912, 3. Jahresbericht des Schriftführers, 4. Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden, 5. Wahl des Vorstandes, 6. Verschleißbericht. Nach Erledigung der beiden ersten Punkte und Verlesung des Jahresberichts des Schriftführers, gab der Vorsitzende in ausführlicher Weise Rechenschaft über die Verbandstätigkeit 1912 in Bromberg „Mit dem festen Vorsatz, alles daran zu setzen, den Verband auf die Höhe zu bringen“, was die Lösung, mit der wir in das Jahr 1912 hineintraten — und doch ist manches nicht getan worden, was hätte getan werden müssen. Ueber die Tätigkeit nach innen und außen sei zunächst auf die schriftliche Korrekturbücher hingewiesen. Danach hat die hiesige Verwaltung erhalten: 60 Postkarten, 33 Briefe, 20 Druckfachen, außerdem eine Anzahl Patente — Verbandsgesamt und Flugblätter. Demgegenüber sind von uns abgehängt worden: 95 Postkarten, 62 Briefe und 35 Druckfachen. Eine ganze Reihe von Mitglieder-, Vorstand- und Vertrauensmännern, öffentliche, gemeinsame und Jugendversammlungen haben stattgefunden, in welchen teilweise sehr lehrreiche und für die Kollegen wertvolle Vorträge gehalten wurden. Nicht unerwähnt dürfen aber auch die von uns einberufenen Besprechungen bleiben. Hier wurden Mißstände in einzelnen Betrieben besprochen, und mancher Fingerzeig gegeben, wie sich das zu bessern gelte. Auch wurden öfters an den Kollegen von Bromberg und der Umgegend Flugblätter in hunderten von Exemplaren zwecks Einladung oder Aufklärung für die Metallarbeiterschaft verteilt.

Als ein weiteres vorzunehmendes Pflichten erachteten wir die Reorganisierung der Jugendsektion. Im Laufe der Zeit hatten wir festgestellt, daß die Entwicklung wesentlich davon abhängig ist, die Jugendversammlungen ein Sonderlokal zu schaffen. Es gelang uns dies. Der ev. Männer- und Junglingsverein Schwanenbrunnenthal, stellte uns sein Lokal widerrechtlich in freundlicher Weise zu diesem Zweck zur Verfügung.

Alle diese innerhalb der Ortsverwaltung geleisteten Arbeiten sollten natürlich wesentlich zur Stärkung des Verbandes, aber auch zur materiellen und kulturellen Hebung der Metallarbeiterschaft beitragen. Loskämpfe waren hier im Berichtsbuch zu verzeichnen. Für Arbeitslosen, Heide- und Krankenunterstützungen gelangen hier 251,00 Mark zur Ausführung. Hitzende Hand leitete der Verband auch einigen Kollegen bei der Erlangung von Unfallversicherungen. Die Mitgliederbewegung der Ortsgruppe zeigt ein inaktives Bild. Neben der geringen Zahl von Kerngruppen waren eine Reihe Kollegen zu verzeichnen, welche von Bromberg abgetrennt sind. Es vermissen wir Ende des Jahres der Zahl 26 Mitglieder. In der Versammlung haben wir es ebenfalls nicht fehlen lassen — doch, es hätte auch in dieser Beziehung mehr geschehen können.

Der Kollege Gailowitz-Danzig, der in der Generalversammlung anwesend war, gab in kurzen Worten einen Fingerzeig und war sich bei der Bekanntmachung darüber klar, daß manches im Verhältnis im Laufe des Jahres geschehen war, wir hätten durch unsere Bekanntmachungen dem Gros der unorganisierten Metallarbeiter Gelegenheiten gegeben, den Weg zur Herbeiführung der Verbände im Winter zu weisen.

zu vertreten. Wenn es nicht besser geworden, und darf der Vorwurf nicht gemacht werden; schuld daran sind diejenigen Inbifferenzen, die zu nichts zu bewegen waren. — Die im weiteren Verlauf der Versammlung getätigte Vorstandswahl gab das Resultat, daß der alte Vorstand bis auf den stellvertretenden Vorsitzenden, stellvertretenden Schriftführer und einem Beisitzer durch Abstimmung wiedergewählt und drei weitere Kollegen neu gewählt wurden. Die Wahl der Vertrauensmänner, der Kommission und des Vorstandes der Jugendsektion, wie der Agitationskommission der christlichen Gewerkschaften Brombergs wurde gleichfalls vollzogen und nur einzelne Posten mit neuen Kollegen besetzt. Mit der Erledigung einiger weiterer Verbandangelegenheiten fand die lebhaft verlaufene Versammlung dann ihren Abschluß.

**Kollegen von Bromberg!** Im neuen Jahre gilt es nun, daß alle auf dem sein werden. Andauernd werden um Wohle jedes einzelnen, zum Segen für das Allgemeine. Über auch ihr indifferenten Kollegen die ihr so oft klagt, über „schlechte Verhältnisse“, zeigt jetzt, daß es euch ernst ist, zur Besserung beizutragen. Wer hat recht, zu klagen? Nur derjenige, der Willens ist, mit Hand ans Werk zu legen. Darum Kollegen, Metallarbeiter, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Am gleichen Tage referierte Kollege Gailowitz in der Abendversammlung des evangelischen Männer- und Junglingsvereins Bromberg über das Thema: „Die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung“. Der Vortrag wurde mit Beifall von der Versammlung angenommen und wurde allgemein auch hier zum Ausdruck gebracht, daß für die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen für die Vereinsmitglieder die christlichen Gewerkschaften in erster Linie in Frage kommen.

**Regensburg.** Unsere Jahres-Generalversammlung fand Samstag, den 11. Januar statt. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, daß, obwohl 30 Kollegen ausgenommen, eben so viele wieder abgereist seien, jedoch der Mitgliederbestand der gleiche wie bei der letzten Generalversammlung war. Dieser Umstand berechtigt wohl zu einer gewissen Besorgnis, doch die Sachlage, ob im Berichtsjahre alle Kollegen in der Agitation ihre Pflicht getan haben. Im neuen Jahre muß in dieser Beziehung entschieden mit größerem Nachdruck gearbeitet werden. Abgehalten wurden 16 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen, 4 Branchens- und 4 Werkstättenversammlungen; 6 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen waren zur Erledigung der Geschäfte notwendig. Neugegründet wurde eine Jugendsektion, welche 15 Mitglieder zählt. Einige Kollegen beteiligten sich an sozialen Ferien- und Unterhaltungsvereinen. 2 Kollegen wurden als Generalversammlungsgewählte zu allgemeinen Ortskrankenkasse gewählt. — Die christliche Arbeiterkassa erhielt 19 Vertreter. — Ein solches Resultat erwarteten unsere Gelehrten nicht; wir haben uns tapfer geschlagen. Mehrere Kollegen besuchten die Gewerbeausstellung in München und erhielten Zuschüsse von der Handwerkskammer. Die Klassenverhältnisse sind zufriedenstellend.

Die Rentnahmen ergaben keine wesentlichen Veränderungen. Kollege Heinrich Schmitt, rote Salmstraße 3 6, wurde zum Kassierer gewählt und zahlte die Unterschreibungen aus. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, folgendes zu beachten: 1. Ohne triftigen Grund keine Versammlung zu versäumen. 2. Das Verbandsorgan fleißig zu lesen und die entsprechenden Anknüpfung daraus zu ziehen. 3. Nicht nur die Beiträge zu bezahlen, sondern auch agitatorisch tätig zu sein.

Beisitzer Kollege Konrad Nürnberg hielt hierauf einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage im Allgemeinen und der Metallarbeiter im besonderen, der mit lebhaftem Interesse aufgenommen wurde. Aus den Ausführungen ging so recht hervor, wie gerade wir Metallarbeiter alle Veranlassung haben, unangekündigt an der Ausbreitung und Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes zu arbeiten. Das ist die Voraussetzung für die Besserung unserer Lage. Also Kollegen, ans Werk!

**Gelbeingänge bei der Hauptkasse**  
Monat Januar.

Ameru 386.44, Arnstadt 30.—, Aachen 1600.—, Crefeld 1300.82, Eilen 3300.—, Obermaier 12.60, Barmer 570.—, Reize 46.85, Hohen 400.—, Freising 165.20, Barmer 700.—, Ruhst i. S. 9.—, Hammer 28.04, Bamberg 109.—, Untertöden 188.45, Hanau 18.10, Olpe 350.—, Klein-Steinheim 84.28, Hohen 4.70, Badenbura 290.48, Krumbach 18.10, Schweinurt 500.—, Laufen 40.—, Wernigerode 13.50, Eilenburg 109.86, Eöln 1900.—, Bräutigam 1100.—, Berlin 400.—, Mannheim 1000.—, Hümmen 12.41, Laufen 3.50, Mitten 253.15, Mandan 21.29, Rasthaus 80.60, Wolfenbützel 6.30, Roth 208.78, Ransien 60.46, Solingen 700.—, Hannover 10.—, Halle 92.08, Straubing 102.75, Zweibrücken 91.80, Eöln 558.95, Stettin 370.02, Hensburg 25.—, Hanau 85.30, Dülledorf 2250.—, Mühlner 491.—, Duisburg 5908.04, Schwab. Gmünd 1100.—, Reheim 2000.—, Wilhelmshafen 18.61, Quakenbrück 109.82, Schweiler 160.25, Sipshadt 1170.96, Heidelberg 107.91, Siegen 1000.—, Verbach 11.70, Dinklage 436.20, Oberndorf 108.19, Karlsruhe 30.—, Kiel 378.62, Sagen 1000.—, Dilsberg 59.75, Frankenthal 155.—, Markt-Redwitz 165.93, Bielefeld 1000.—, Cappel 170.68, Meissen 11.10, Ronstanz 161.75, Thale 169.05, Sonthofen 14.—, Eßlingen 206.40, Straßburg 35.87, Tuttlingen 188.71, Böhrnbach 121.69, Ludwigsbaten 255.96, Durlach 203.10, Rocholt 526.77, Duderstadt 33.72, Ravensburg 206.69, Nürnberg 704.01, Reichenheim 31.34, Nalshof 363.10, Mühlhausen i. C. 357.87, Offenbach 1001.75, Ober 290.02, Lübeck 118.57, Auerburg 700.—, Neudorf 1.70, Billingen 246.89, Werhöl 89.55, Dortmund 3929.75, Bremerhaven 25.98, Mainz 251.62, Berlin 837.14, Stettin 50.—, Weimaria 38.50, Rasthaus 30.—, Siegen 1200.—, Düren 238.73, Danzig 2545.56, Erturt 81.85, Hannover 300.—, Schuppenried 135.48, Landsberg 13.53, Amberg 2694.56, Hamburg 437.40, Fulda 172.20, Singen 166.61, Dagersheim 148.82, Regensburg 296.41, Dülken 616.17, Döbe 1146.75, Karlsruhe 200.—, München 1000.—, Rothweil 80.55, Leipzig 100.70, Weimaria 17.37, Bremen 143.81, Schramberg 282.26, Bielefeld 500.—, Dingelshadt 494.49, S. i. g. 200.—, Groß-Weichen 11.20, Haltern 72.86, Landersheim 204.77, Frankfurt a. M. 1350.07, Würzburg 124.80, Geggemann 200.—, Bochum 1526.04, Hamm 54.76, Bafau 74.60, Hannover 7.85, Breslau 148.55, Mühlhausen i. Th. 91.68, Schuppenried 10.—, Selter 9.30, Rühnwätersh. 8.20, Sauterbach 107.95, Alshausen 44.31, Hoppede 145.21, Hohen 50.—, Furt-
---

wangen 193.22, Götterbach 212.—, Graubenz 66.15, Flensburg 322.30, Salze 13.56, Magburg 744.04, Hannover 600.—, Olpe 621.62, Meß 660.90, Erlangen 58.68, Lambrecht 35.55, Schweinurt 63.95, Dilsberg 912.12, Gelsenkirchen 1988.92, Sötenleben 98.65, Effen 4913.—, Werhöl 416.09, Bonn 200.—, Nauben 53.96, Aachen 2391.88.

**Versammlungs-Kalender.**

- Kollegen und Kolleginnen!**  
Verkümt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Samstag, den 8. Februar.**  
 Aachenburg, Abends 8.30 Uhr bei Gustav Erthoff, Strichstraße.  
 Berlin-Nord, Abends 8.30 Uhr bei Friede, Gusselstraße 4-5  
 Dortmund-Wehrmar, Abends 7 Uhr bei Höffel.  
 Dortmund-Ufen, Abends 8.30 Uhr bei Wilmann.  
 Effen-Nord, Abends 8.30 Uhr bei Biermangel.  
 Effen-Stein, Abends 8.30 Uhr bei Wilmann.  
 Effen, Abends 8.30 Uhr im Weimannischen Hof.  
 Hamburg, Abends 8.30 Uhr im Weimannischen Hof, Röhlfen 27.  
 Köln-Kalk, Abends 9 Uhr bei Gontgesberg, außerordentl. Generalversammlung.  
 München, Generalvers., Abends 8 Uhr im Lokale „Geopolstich“, Genselstraße 11. Wichtige Tagesordnung. Erscheinung Pflicht.  
 Nürnberg-Süden, Abends 8 Uhr bei Stadl.  
 Solingen-Dann, Abends 8.30 Uhr bei Krammke.  
 Stuttgart-Nußlaßburg-Süden, Abends 7 Uhr bei Weimann.  
 Stuttgart-Nußlaßburg, Abends 8.30 Uhr in der „Traube“.  
 Tübingen, Abends 8.30 Uhr bei Wwe. Lange.  
 Woblfinkel, Abends 8.30 Uhr bei Schmidt, Raststraße 178.
- Sonntag, den 9. Februar.**  
 Bonn, Vorm. 10 Uhr bei Wwe. Wilmann.  
 Crefeld-Süden, Vorm. 11 Uhr im Lokale Meis an der Straße.  
 Crefeld-Wehrmar, Vorm. 11 Uhr bei Schmidt im „Parlament“.  
 Effen, Generalversammlung Abends 8.30 Uhr bei Weimann, Dülledorferstraße 37.  
 Dortmund-Wehrmar, Abends 8 Uhr bei Weimann, Generalvers., Dg. Obermeierstraße, Nachm. 4 Uhr im Zuschlag Effen-Steinstraße.  
 Dg. Wehrmar, Abends 6 Uhr bei Koverkamp, Ede Kammer- und Blumenstraße, Generalversammlung.  
 Düsseldorf-Verwaltungsstelle, Nachm. 2.30 Uhr im großen Saale des Paulshaus, Günterstraße 33-35. Jahres-Generalversammlung der gesamten Verwaltungsstelle. Das Erscheinen aller Verbandsmitglieder ist Pflicht. Im Saalehinter Vorzahlung des Mitgliedsbeitrags mit Markenkontrolle und Eintragung in die anstehenden Listen. Die Bezirksversammlungen fallen an diesem Tage aus.  
 Effen-Wehrmar, Vorm. 11 Uhr bei Wint, Weimannstraße 208.  
 Effen-Nußlaßburg, Abends 7 Uhr in der „Käufhalle“, Raststraße.  
 Effen-Stein, Vorm. 11 Uhr bei Du-ht, Mittenstraße.  
 Effen-Wehrmar, Vorm. 11 Uhr bei Schütz.  
 Effen-Wehrmar, Vorm. 4 Uhr bei Wint, Weimannstraße 208.  
 Effen-Wehrmar, Vorm. 11 Uhr in der „Käufhalle“, Raststraße 17.  
 Gelsenkirchen-Weststadt, Vorm. 11 Uhr im Ruhral-Restaurant Gelsenkirchen-Süden. Nachm. 5 Uhr bei Nachbartschulte.  
 Sagen-Ortsverwaltung, Nachm. 4 Uhr im Saal der neuen-banen Saale des Herrn Fr. Simon, Langestraße, die Haupt-Generalversammlung stattfindet.  
 Hamburg, Nachm. 2.30 Uhr bei Freundlich am Neumarkt, Generalversammlung.  
 Karlsruhe, Vorm. 10 Uhr Vorstand- u. Vertrauens-Sitzung im Palmgarten.  
 Karlsruhe-Eßlingen, Nachm. 8.30 Uhr Generalversammlung im „Wilde Mann“.  
 Köln-Nußlaßburg, Vorm. 10.30 Uhr bei Zimmermann, Hochstraße, Ede Subbeckerstraße.  
 Köln-Verwaltungsstelle, Nachm. 3 Uhr im Colonahaus, Kackenerstraße 5, Jahres-Generalversammlung. Erscheinung Pflicht. Markenkontrolle. Die Frauen sind ebenfalls eingeladen.  
 Reheim-Ortsverwaltung, Nachm. 4.30 Uhr Jahres-Generalversammlung mit Frauen im Gesellschaftslokal. Jahres- und Klassenbericht, Vorstandwahl, Vortrag des Kollegen Streckereffen.  
 Ober-Wehrmar, Vorm. 11 Uhr im „Jägerhof“, Ede Jäger- und Bäcklingstraße.  
 Siegen, Nachm. 4 Uhr Generalvers. bei Demont, Markburger.  
 Sterkrade, Generalvers. mit Vorstandwahl nachm. 8.30 Uhr bei Landscheid, Soltenstraße 1.  
 Straubing, Vorm. 10.30 Uhr im Münchner Hof.  
 Wehrmar, Generalvers. nachm. 3 Uhr im „Lamm“.  
 Wehrmar, Vorm. 11 Uhr bei Wilmann.
- Montag, den 10. Februar.**  
 Grevenbroich, Abends 8.30 Uhr nach Feierabend bei Bienenfeld Generalversammlung. Erscheinung Pflicht.  
 Düsseldorf-Süden, Abends 9 Uhr bei Wöhlen, Crefeldstraße.  
**Donnerstag, den 13. Januar.**  
 Karlsruhe-Eßlingen, Abends 8 Uhr im „Wilde Mann“.  
**Samstag, den 15. Februar.**  
 Bremen, Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Dürrenstraße 1.  
 Düsseldorf-Rathaus, Abends 9 Uhr bei Kästner, Wehmerstraße, Generalversammlung.  
 Düsseldorf-West-Wehrmar, Abends 9 Uhr bei Mengwasser, Welterstraße, Ede Kronenstraße, wichtige Bezirksversammlung.  
 Düsseldorf-Süden, Abends 9 Uhr bei Pring, Kaiser Wilhelmstraße, Generalversammlung. Erscheinung Pflicht.  
 Effen-Stein, Abends 8.30 Uhr bei Wwe. Keller.  
 Freiburg i. Br., Abends 8.30 Uhr im Genterbräu, Schifferstraße 7.  
 Karlsruhe, Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.  
 Köln-Stein, Abends 8.30 Uhr Generalvers. „Zur Krone“, Freiheitstraße.  
 Mühlh., Abends 8.30 Uhr bei Gd. Rosenbach, Föderstraße.  
 Mittel-Wehrmar, Abends 9 Uhr bei Lindemann, Oberdörnerstr. 69.  
 Reheim-Ohl, Abends 8.30 Uhr bei Weimann.  
 Öheim, Abends 9 Uhr Generalvers. bei Wöhlen, Schmidt.  
 Regensburg, Abends 8 Uhr in der Jakobinerstraße.  
 Stuttgart, Abends 8.30 Uhr im römischen König.  
 Stuttgart-Cannstatt, Abends 8.30 Uhr im Lokale des ev. Arbeitervereins.
- Sonntag, den 16. Februar.**  
 Boelersheide, Vorm. 11 Uhr bei Fr. Henemann, Karlsruhe.  
 Crefeld-Verwaltungsstelle, Nachm. 3 Uhr Generalvers. in der „Käufhalle“. Jahresbericht und Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Schmidt-Köln.  
 Düren, Generalvers. mit Vorstandwahl vorm. 11 Uhr bei Mühlh., Philippstraße. Alle Erscheinen und Mitgliedsbuch mitbringen.  
 Düsseldorf-Gler, Vorm. 11 Uhr bei Hartmann, Gumbertstraße 120.  
 Düsseldorf-Terenburg, Vorm. 11 Uhr bei Düring, Mühlh., Ede Barbarastraße.  
 Düsseldorf-Oberkassel, Vorm. 11 Uhr bei Wöhlen, Wegallee 50.  
 Düsseldorf-Wehrmar, Vorm. 11 Uhr bei Wöhlen, Gosselstraße 35.  
 Düsseldorf-Wehrmar, Vorm. 11 Uhr bei Wöhlen, Gosselstraße 35.  
 Düsseldorf-Verwaltungsstelle, Vorm. 11 Uhr bei Wöhlen, Gosselstraße 35.  
 Düsseldorf-Verwaltungsstelle, Vorm. 11 Uhr bei Wöhlen, Gosselstraße 35.  
 Düsseldorf-Verwaltungsstelle, Vorm. 11 Uhr bei Wöhlen, Gosselstraße 35.

**Lüttiger Waagenmacher** findet schöne Stellung auf unserem Verbandsbüro Riemelhäuserstraße 13.